

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

36. Jahrgang
Nr. 2 – 2014
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Gegen kalte und heisse Kriege	2
USA, USA über alles in der Welt	3
15 Jahre NATO-Aggression gegen Serbien	4
Von Geheimdienstlern und Roten Brigaden	5
Cuban Five: Zeitfenster nutzen	6
ALBA: Gemeinsam für den Aufbruch	7
Zum 90. Geburtstag von Louise Stebler	8



Am 26. Mai 2014, dem sog. Memorial Day: Protest in New York gegen die US-Unterstützung für Faschisten in Venezuela und in der Ukraine. Foto G. Dunkel/Workers World

Brecht das Schweigen

Ein Weltkrieg droht

Warum nehmen wir die Gefahr eines weiteren Weltkriegs in unserem Namen einfach so hin? Warum erlauben wir die Lügen, die dieses Risiko rechtfertigen sollen? Harold Pinter schrieb einst, dass das Ausmass unserer Indoktrinierung ein «brillanter, sogar witziger und höchst erfolgreicher Akt von Hypnose» ist, ganz so als wäre die Wahrheit «nie geschehen, selbst zu der Zeit nicht, als sie sich zutrug».

Von John Pilger

Jedes Jahr veröffentlicht der amerikanische Historiker William Blum seine «aktualisierte Zusammenfassung der amerikanischen Aussenpolitik», die belegt, dass die USA seit 1945 versucht haben mehr als 50 Regierungen zu stürzen, viele davon demokratisch gewählt; dass sie sich grob in Wahlen in 30 Ländern eingemischt haben, die Zivilbevölkerung von 30 Ländern bombardiert und dabei chemische und biologische Waffen benutzt haben, und dass sie versuchten ausländische Führungspersonlichkeiten zu ermorden.

In vielen Fällen war Grossbritannien dabei Mittäter. Das Ausmass menschlichen Leids, von der Kriminalität dieser Taten ganz zu schweigen, wird um Westen kaum wahrgenommen, trotz der modernsten Kommunikationsmedien und des vorgeblich freiesten Journalismus auf diesem Planeten. Dass die meisten Opfer des Terrorismus – «unseres» Terrorismus – Muslime sind, darf nicht gesagt werden. Die Tatsache, dass der radikale Islamismus mit seinem «heiligen Krieg», der zu den Anschlägen vom 11. September geführt hat, als Waffe der anglo-amerikanischen Politik (Operation Zyklon in Afghanistan)

geht und gepflegt wurde, wird unterdrückt. Im April stellte das US-Aussenministerium fest, dass Libyen in der Folge der NATO-Bombardierung im Jahre 2011 «zu einem sicheren Hafen für Terroristen geworden ist».

Die Bezeichnung für «unseren» Feind hat sich über die Jahre hinweg immer wieder geändert, vom Kommunismus bis zum Islam, aber allgemein gesprochen ist es jede vom Westen unabhängige Gesellschaft, die auf strategisch wichtigem oder rohstoffreichem Territorium siedelt. Die Führer dieser störenden Nationen werden in der Regel gewaltsam aus dem Weg geräumt wie etwa die Demokraten Mohammad Mossadeq im Iran oder Salvador Allende in Chile, oder sie werden ermordet wie Patrice Lumumba im Kongo. Alle werden in den westlichen Medien als Karikaturen ihrer selbst oder als Schurken dargestellt – man denke an Fidel Castro, Hugo Chavez und jetzt Wladimir Putin.

Washingtons Rolle in der Ukraine unterscheidet sich von all diesem lediglich in den Auswirkungen, die die Geschehnisse für uns alle haben könnten. Zum ersten Mal seit den Jahren der Reagan-Regierung, drohen die USA damit, Krieg in der gesamten Welt auszulösen. Nachdem Osteuro-

pa und der Balkan jetzt militärische Vorposten der NATO sind, wird jetzt der letzte «Pufferstaat» an Russlands Grenze zerrissen. Wir im Westen unterstützen Neonazis, wo ukrainische Nazis Hitler unterstützten.

Nachdem Washington im Februar den Umsturz gegen die demokratisch gewählte Regierung in Kiew organisiert hatte, schlug der Versuch fehl, Russlands legitime eisfreie Marinebasis auf der Krim unter amerikanische Kontrolle zu bringen. Die Russen verteidigten sich, so wie sie es seit beinahe einem Jahrhundert gegen jede Bedrohung und Invasion aus dem Westen getan haben.

Aber die militärische Umzingelung des Landes durch die NATO hat sich beschleunigt, ebenso wie von den USA koordinierte Angriffe auf die russische Minderheit in der Ukraine. Wenn Putin dazu provoziert werden kann, diesen zur Hilfe zu eilen, wird seine von vorneherein festgelegte Rolle als «Paria der westlichen Wertegemeinschaft» einen von der NATO geführten Guerilla-Krieg rechtfertigen, der sich höchstwahrscheinlich auch innerhalb Russlands ausbreiten wird.

Putin hat sich in der Identifizierung der Kriegsparteien getäuscht, indem er eine Verständigung mit Washington und der Europäischen Union suchte, indem er Truppen von der ukrainischen Grenze zurückzog und indem er die russische Minderheit zu bewegen suchte, von dem provokativen Referendum zur Unabhängigkeit vom letzten Wochenende Abstand zu nehmen. Diese Russisch sprechenden und zweisprachigen Menschen – ein Drittel der Bevölkerung der Ukraine – streben seit langem eine demokrati-

Fortsetzung Seite 2

Gegen Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung

Stoppt EU und NATO

In einem Appell fordern Konstantin Wecker, Eckart Spoo, Mohssen Massarrat, Laura von Wimmersperg und Tobias Pflüger sämtliche Parteien im Ukraine-Konflikt auf, jegliche Militäraktionen einzustellen. Gleichzeitig ermutigen sie die Medien, in der Ukraine-Berichterstattung gründlich zu recherchieren, sich an die Tatsachen zu halten und sich jeder Instrumentalisierung zu widersetzen. Der Appell kann unter folgendem Link online mitunterzeichnet werden: www.openpetition.de, Suchbegriff Aufruf gegen Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung.

Alle Europäer, die Frieden wünschen, haben Grund zur Sorge und zum Protest: Der Konflikt um die Ukraine ist das Resultat der EU- und der NATO-Erweiterung. Die EU hat mit der Durchsetzung des Assoziierungsabkommens – und hier besonders der wirtschaftlichen und militärischen Elemente – wesentlich zur Entstehung des Konflikts um die Ukraine beigetragen. Offenkundig versuchen die USA und die EU, mit ihrer einseitigen Unterstützung der antirussischen und faschistischen Kräfte in der Ukraine, Russland militärisch einzukreisen. Die Stationierung von NATO-Truppen an der russischen Grenze eskaliert die Situation weiter. Es geht der Appell an alle Konfliktseiten (die Kiewer «Regierung», Akteure vor Ort, die NATO, Russland, die EU) keine militärischen Mittel einzusetzen. Sämtliche Militäraktionen müssen sofort gestoppt werden. Nun droht der Ukraine-Konflikt zu eskalieren.

Wir lehnen eine Politik entschieden ab, die eine friedliche Kooperation zwischen EU und Russland torpedieren und stattdessen eine Konfrontation in Europa heraufbeschwören will. Eine solche Politik schadet Europa als Ganzem und könnte in einen neuen – Dritten – Weltkrieg einmünden. Wir warnen Bundeskanzlerin Merkel und andere führende Politiker der EU, diese Politik mit zu tragen.

Viele Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender – auf allen Seiten – heizen in dieser Situation den Ukraine-Konflikt zusätzlich auf. Sie schieben die Schuld an dem Konflikt und am gewaltsamen Tod vieler Ukrainer dem russischen Präsidenten Wladimir Putin – ihm allein – in die Schuhe. Wichtige Einzelheiten, z. B. über die Brandstiftung im Gewerkschaftshaus in Odessa, wo über 40 Menschen bei lebendigem Leibe verbrannten oder erstickten, werden meist unterschlagen oder verharmlost. Umso mehr Dank und Ermutigung gilt denjenigen Journalistinnen und Journalisten, die gründlich recherchieren, sich an die Tatsachen halten und sich jeder Instrumentalisierung widersetzen. Wie fordern die Medien vor allem auf, alle Konfliktparteien zu Wort kommen zu lassen, damit Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung gefunden werden können.

Die Menschen in der Ukraine dürfen nicht gegeneinander aufgehetzt und gezwungen werden, einen Stellvertreterkrieg für die Europäische Union und Russland zu führen. Viele erfahrene westliche Politiker haben inzwischen eingeräumt, dass das Ent-

weder-Oder-Diktat der EU ein Fehler war. Selbst die Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder, die früher an der NATO-Expansion nach Osten mitgewirkt haben, brechen jetzt ihr Schweigen und warnen davor, die Politik der Eingrenzung Russlands fortzusetzen, Russland mit immer heftigeren Sanktionen zu bedrohen und immer mehr Militär an den Grenzen Russlands zusammenzuziehen. Sanktionen waren in der jüngsten Vergangenheit immer die Vorstufe von Kriegen. Wir lehnen sie daher mit Entschiedenheit ab.

Europa und die USA haben auf manchen Feldern unterschiedliche Interessen, der NSA-Skandal hat das offen gelegt. Die blinde Gefolgschaft westeuropäischer Regierungen hat bisher jene US-Kräfte gestärkt, die trotz der Gefahr neuer Kriege jetzt auch in der Ukraine verbissen ihre eigenen egoistischen Ziele verfolgen.

Wir appellieren an alle westlichen Regierungen, mit allen Konfliktparteien des Ukraine-Konflikts zu verhandeln, am besten unter dem Dach der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Andernfalls droht der Konflikt immer weiter zu eskalieren, und es schwindet die Möglichkeit, dass aus der Ukraine eine Brücke der Kooperation zwischen Ost und West wird. Wir sind empört darüber, dass erneut das Feindbild Russland beschworen wird und dass friedenswillige Menschen als «Russland-Versteher» beschimpft werden. Um den Frieden zu erhalten und zu vertiefen, haben beide Seiten keine andere Wahl, als sich gegenseitig zu verstehen. Wir rufen alle Menschen guten Willens in Deutschland und Europa auf, sich 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten und 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs dem Risiko eines neuen Krieges zu widersetzen, der nur der Rüstungsindustrie und Hegemonialinteressen dienen könnte. Wir dürfen die Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung nicht hinnehmen.

Aufruf des WFR

Der Weltfriedensrat WFR ruft für den 30. August 2014 zu einem weltweiten Aktionstag gegen den NATO-Gipfel vom 4./5. September in Celtic Manor (Wales) auf und will Aktionen vor Ort aktiv unterstützen. Geplant von der britischen Friedensbewegung CND sind u.a. Friedenslager, Märsche und Grosskundgebungen.

Fortsetzung von Seite 1

sche Föderation an, die die ethnische Vielfalt des Landes widerspiegelt und ebenso autonom ist wie unabhängig von Moskau. Die meisten von ihnen sind weder «Separatisten» noch «Rebellen», sondern schlicht Bürger, die sicher und friedlich in ihrer Heimat leben möchten.

Wie die Ruinen des Irak und Afghanistans ist die Ukraine in einen Themenpark der CIA verwandelt worden – organisiert von CIA-Direktor John Brennan in Kiew, mit «Spezialeinheiten» von CIA und FBI, die «Sicherheitsstrukturen» schaffen, die brutale Übergriffe auf jene überwachen, die sich dem Putsch vom Februar entgegenstellten. Sehen Sie sich die Videos an und hören Sie die die Augenzeugenberichte von dem Massaker in Odessa in diesem Monat. Mit Bussen herangeschaffte Nazischläger setzten das Gewerkschaftshaus in Brand und töteten dabei über 40 Menschen, die in dem Gebäude eingeschlossen waren. Sehen Sie selbst (<http://www.youtube.com/watch?v=xZUEBIOZu0w>), wie die Polizei tatenlos dabei zusah. Ein Arzt beschrieb, wie er versuchte, Menschen zu retten, «aber ich wurde von pro-ukrainischen Nazis zurückgehalten. Einer von ihnen stiess mich grob zur Seite und versprach mir bei dieser Gelegenheit, dass mich und andere Juden in Odessa bald dasselbe Schicksal ereilen werde ... Ich frage mich, warum die Welt zu diesen Dingen schweigt.»

Russisch sprechende Ukrainer kämpfen um ihr Überleben. Als Putin den Rückzug russischer Truppen von der Grenze ankündete, prahlte der Verteidigungsminister der Junta in Kiew – ein Gründungsmitglied der faschistischen Partei Svoboda – dass die Angriffe gegen die «Aufständischen» weitergehen werden. Nach Orwellschem Muster hat die Propaganda des Westens dieses so verdreht, dass es nun heisst, Moskau «versuche, Konflikt und Provokation zu orchestrieren», wie es der britische Aussenminister William Hague ausdrückte. Sein Zynismus steht im Einklang mit Obamas grotesken Glückwünschen an die Junta in Kiew wegen der «bemerkenswerten Zurückhaltung», die sie in der Folge des Massakers von Odessa geübt habe. Illegal und von Faschisten beherrscht, wird die Junta von Obama gleichwohl als recht-

mässig gewählt bezeichnet. Wie (Kriegsverbrecher) Henry Kissinger einst meinte, kommt es nicht auf die Wahrheit an, sondern auf das, «was für wahr gehalten wird.»

In den US Medien wurde das Massaker von Odessa als «undurchsichtiges Ereignis» und «Tragödie» heruntergespielt, bei dem «Nationalisten» (Neonazis) «Separatisten» (Leute, die Unterschriften für das Referendum über eine föderalistische Ukraine sammelten) angegriffen hätten. Rupert Murdochs Wall Street Journal beschuldigte gar die Opfer – «Regierung sagt: Tödliches Feuer in der Ukraine wahrscheinlich von den Rebellen ausgelöst». Die Propaganda in Deutschland verwies direkt auf den kalten Krieg – die Frankfurter Allgemeine Zeitung warnte ihre Leser vor Russlands «unerklärtem Krieg». Für Deutsche ist es hinterhältige Ironie, dass Putin der einzige Staatsführer ist, der den Aufstieg des Faschismus im Europa des 21. Jahrhunderts verurteilt.

Eine gängige Binsenweisheit besagt, dass sich die Welt in der Folge des 11. September 2001 gewandelt habe. Aber was hat sich geändert? Nach Ansicht von Daniel Ellsberg, der seinerzeit als Whistleblower Unterlagen des Pentagon veröffentlichte, die das verbrecherische Vorgehen der USA in Vietnam dokumentierten, hat in Washington ein stiller Putsch stattgefunden, nach dem jetzt ein zügelloser Militarismus Massstab und Ausrichtung der US-Politik ist. Gegenwärtig führt das Pentagon in 124 Ländern «Spezialoperationen» durch. Daheim in den USA sind wachsende Armut und rapide verschwindende Freiheitsrechte der Kollateralschaden für den permanenten Kriegszustand. Addieren wir hierzu noch die Gefahr eines Nuklearkriegs, so stellt sich die Frage: Warum nehmen wir dies alles hin?

Quelle: *Tlaxcala, Übersetzung Hergen Matussik. Originalartikel erschienen im Londoner «Guardian».*

Der australische ehemalige Kriegskorrespondent, Filmemacher und Bühnenautor John Pilger lebt in London. Für seine Arbeiten über Vietnam und Kambodscha gewann er zweimal den höchsten britischen Journalistenpreis «Journalist des Jahres». 2009 wurde er mit dem «Sidney Friedenspreis» ausgezeichnet.



«Redet!» fordert die «Die Linke» im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Ukraine im deutschen Bundestag. Foto die-linke.de

Für den gewaltlosen, demokratischen Dialog

Gegen kalte und heisse Kriege!

Rede von Matthias Jochheim an der Antikriegsdemonstration vom 31. Mai 2014 in Frankfurt a.M. Matthias Jochheim vertritt die deutsche Sektion der IPPNW, der Internationalen Ärzte gegen den Nuklearen Krieg.

Von Matthias Jochheim

Es gibt eine Fülle von Aufgaben, denen sich die europäischen Regierungen widmen sollten und müssen, gerade auf dem eigenen Terrain. Destabilisierung von Nachbarländern, massive Einmischung in deren innere Angelegenheiten gehört nicht zu der humanen und demokratischen Politik, die wir verlangen.

Was können wir tun?

Der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann hat ein sehr sinnvolles Bild geprägt, als er sagte: «Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst zurück.» Russland wird Einmischung in die ukrainische Politik und der Anschluss der Krim an die russische Föderation vorgeworfen – aber welche Mächte haben am putschartigen Sturz des legal gewählten Präsidenten Janukowitsch tatkräftig mitgewirkt, in Kooperation mit einer explizit faschistischen Partei, genannt «Svoboda», die übrigens an die Traditionen von ukrainischen Verbündeten Nazi-Deutschlands anknüpft. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke machte darauf aufmerksam, dass die «Denkfabrik» von Svoboda den Namen «Joseph-Goebbels-Forschungszentrum für Politik» trage – das also ist einer der Bündnispartner für die Förderung westlicher Werte in der Ukraine! Diese Partei pflegt kollegiale Beziehungen zur deutschen NPD, und gehört zu der geistigen Verwandtschaft des «Rechten Sektors», den gut trainierten Gewalttätern, denen unter anderem die Brandschätzung des Gewerkschaftshauses in Kiew mit mindestens 47 Todesopfern zur Last gelegt wird.

Von solchen Verbrechen und ihren Hintergründen erfährt das Publikum des deutschen Fernsehens wenig. Dort war nur von einer «Katastrophe» die Rede – über die Täter ist nur abseits des Mainstreams Genaueres zu erfahren. Und hier liegt eine wesentliche friedenspolitische Aufgabe für die Aktiven gegen den Krieg: sich die Mühe zu machen, dem verfälschten Bild, das uns die hiesigen Massenmedien unterjubeln wollen, authentische Informationen entgegenzustellen. Da werden dann aus den angeblichen OSZE-Beobachtern, die in Slawjansk festgesetzt wurden, real westliche, mehrheitlich deutsche Offiziere, die auf Einladung des Kiewer Putschregimes in Zivil die Situation im Auf-

standsbereich erforschten – die OSZE wusste garnichts von dieser Mission.

Wir haben in den Medien immerhin einige versierte und an der Wahrheitsfindung ernsthaft interessierten Verbündete, die die Kanäle zwar keineswegs beherrschen, aber doch in Nischen aufzufinden sind: Zu ihnen gehört die frühere ARD-Korrespondentin in Moskau, Gabriele Krone-Schmalz, die in hervorragender Weise die mediale Desinformation beschreibt. Für uns als Friedens-Engagierte besonders wichtig: sie benennt zum Beispiel den § 7 des geplanten Assoziierungsabkommens EU-Ukraine, der eine intensiviertere militärische Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern vorsieht – im Mainstream schlicht nicht erwähnt.

Ihre Beispiele für die völlig parteiische, propagandistisch-antirussische Sprechweise der ARD-Kommentatoren, und deren Verzicht auf saubere, beide Seiten des Konflikts beleuchtende Recherche sind überzeugend. Es ist wohlthuend eine so unbestechliche Beobachterin wie Frau Krone-Schmalz zu hören, die sich auch mit dem Schreckgespenst des «Anti-Amerikanismus» auseinandersetzt, und feststellt, dass es nichts mit Resentiments gegen die USA zu tun hat, wenn nach den Kriegen der letzten Jahrzehnte, und nach Abu Ghraib und Guantanamo die Werteführerschaft der US-Regierung nicht mehr sehr glaubwürdig ist. Mit Recht sorgt sich Frau Krone-Schmalz um die Zukunft der Demokratie, wenn die Medien sich weiter in Richtung von Propaganda-Instrumenten der jeweiligen Machtelite entwickeln.

Es ist schwieriger, aber noch nicht unmöglich, wirklich unabhängige Informationen und Meinungen zu erfahren. Über das Internet können wir die kritischen Kommentare des früheren Kanzleramtsministers Albrecht Müller verfolgen, der sich als Sozialdemokrat aktuell besonders betroffen mit dem Handeln und den Positionen von Aussenminister Steinmeier befasst. Er fragt: «Kann man Steinmeier trauen?» und kommt mit guten Argumenten zu dem Schluss, dass der Aussenminister keine ehrliche Strategie für Frieden in der Ukraine betreibt, sondern zu den Vorbereitern des Putsches gehört hat, und keinerlei Anstrengungen für eine Aussöhnung der Konfliktparteien erkennen lässt. Es verwundert dann nicht, dass Steinmeier gemeinsam mit Gauck und von

der Leyen bei der Münchener sogenannten Sicherheitskonferenz für die stärkere Bereitschaft Deutschlands sprach, weltweit militärisch zu intervenieren. Gemeinsame Militärmanöver mit ukrainischen Truppen und Flottenverbänden unweit der russischen Grenzen sind ja schliesslich auch Teil des geplanten Abkommens zwischen EU und Ukraine.

Als Kriegsgegner sagen wir hier und heute laut und deutlich:

Kriegsvorbereitungen an den russischen Grenzen sind das Letzte, was wir in Deutschland und in Europa brauchen!

Es gilt immer noch das Wort von Thomas Mann: Kriege werden aus der Unfähigkeit begonnen, die wirklichen Probleme der Staaten und der Gesellschaften sinnvoll anzugehen.

Aber: Es gibt heute neben den riesigen Gefahren auch Hoffungszeichen: Grossbritannien und die USA haben ihren schon geplanten direkten Krieg gegen Syrien vorläufig abgesagt, wegen der gewachsenen Ablehnung eines weiteren Krieges in der Bevölkerung und auch in den Parlamenten dort. Die Menschen auch in den USA sind der Kriege müde. Die Umfragen zeigen: auch in Deutschland will die klare Mehrheit keinen neuen kalten – und erst recht keinen heissen – Krieg.

«Wir weigern uns, Feinde zu sein» – das ist unsere Parole. Wir stehen hier bei der Vertretung der Ukraine in Frankfurt, die auch für die Betreuung zahlreicher Ukrainer bei uns und in anderen deutschen Städten zuständig ist. Wir wünschen Ihnen und uns, dass die an Ressourcen reiche Ukraine ihre schwere ökonomische Krise überwinden kann; dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen einen Weg des gewaltlosen, demokratischen Dialogs finden, und die ökonomische Entwicklung nicht nur nach den Interessen der sogenannten «Oligarchen» – im westlichen Raum auch «Investoren» genannt – vorangetrieben wird. Denn eine Unterwerfung unter die neoliberalen Regeln der EU-Kommission verspricht der Mehrheit der Bevölkerung wenig Gutes, siehe Spanien und Griechenland.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ukraine mit EU und Russland – so sollte die Perspektive aussehen!

Militärische Blockfreiheit für die Ukraine – und für uns Schluss mit Expansion und Kriegspolitik der NATO!
Quelle: cooptv.wordpress.com



Die Präsidentin der Vereinigung Schweiz-Vietnam, Anjaska Weil, beim Verlesen eines Protestbriefes an die Adresse der Volksrepublik China. Foto vsv-asv.ch

VR China in der Kritik

Am 24. Mai demonstrierten Mitglieder der Vereinigung Schweiz-Vietnam vor dem Generalkonsulat Chinas in Zürich gegen die Verletzung vietnamesischen Territoriums durch die Volksrepublik.

In einem Protestbrief forderten die Kundgebungsteilnehmer von der Volksrepublik China den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der Öl-Bohrplattform «Haiyang 981» und der sie eskortierenden Schiffe aus einer Zone, die alleine Vietnam gehöre, und die Respektierung von Vietnams

Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität. Schliesslich sei bezüglich aller Konflikte in Vietnams Ost-Meer ausschliesslich der diplomatische Weg zu beschreiten. «Bei allem Respekt für die grossartige chinesische Zivilisation und den Gefühlen gegenüber der chinesischen Bevölkerung» werde die chinesische Regierung dringend ersucht, «ihre wilde Strategie von Raub und Invasion zu verlassen und zur Diplomatie zurückzukehren», heisst es in dem Schreiben.

Absolute Führungsansprüche führen unvermeidbar zum Krieg

USA, USA über alles in der Welt

Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen ihre Rolle als einzig übriggebliebene Supermacht für alle Zeiten sicherstellen. Die damit verbundene Einstellung, sich überall durchsetzen zu müssen, führt immer zum Krieg.

Von Paul Craig Roberts

Memorial Day ist der Tag, an dem wir unserer Kriegstoten gedenken. Wie der 4. Juli wurde Memorial Day zu einem Fest des Kriegs umprogrammiert.

Wer Familienangehörige und liebe Freunde im Krieg verloren hat, will nicht, dass deren Tod vergeblich war. Folgerichtig werden Kriege zu glorreichen Unterfangen, betrieben von edlen Soldaten, die für Wahrheit, Gerechtigkeit und den American Way kämpfen. Patriotische Ansprachen sagen uns, wieviel wir denen schulden, die ihr Leben hingegeben haben, damit Amerika frei bleiben konnte. Die Ansprachen sind gut gemeint, aber sie schaffen eine falsche Realität, die immer mehr Kriege fördert. Keiner von Amerikas Kriegen hatte etwas zu tun mit der Bewahrung der Freiheit Amerikas. Im Gegenteil, die Kriege wischten unsere bürgerlichen Freiheiten beiseite und machten uns unfrei.

Präsident Lincoln erliess eine Verordnung für die Verhaftung und Inhaftierung von Zeitungsreportern und -redakteuren des Nordens. Er liess 300 Zeitungen im Norden schliessen und hielt 14 000 politische Gefangene eingesperrt. Lincoln liess den Kriegskritiker Abgeordneten zum Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika Clement Vallandigham aus Ohio verhaften und schob ihn ab zu den Konföderierten. Präsident Woodrow Wilson nutzte den Ersten Weltkrieg, um die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, und Präsident Franklin D. Roosevelt benutzte den Zweiten Weltkrieg, um 120 000 Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika japanischer Herkunft mit der Begründung zu internieren, dass die Rassenzugehörigkeit sie verdächtig machte. Professor Samuel Walker folgerte, dass Präsident George W. Bush den «Krieg gegen den Terror» für einen Rundumschlag gegen die Freiheit in den Vereinigten Staaten von Amerika nutzte, was Bush zur grössten Gefahr machte, mit der die amerikanische Freiheit je konfrontiert war.

Lincoln hob für immer Rechte der (Bundes-)Staaten auf, aber die Aufhebung von Habeas Corpus und Meinungsfreiheit, die Hand in Hand gingen mit den drei grössten Kriegen Amerikas, wurde jeweils mit Ende des Krieges beendet. Wie auch immer, die Ausserkraftsetzung der Verfassung durch Präsident George W. Bush wurde von Präsident Obama ausgeweitet und mittels Kongress und Verordnungen zu Recht kodifiziert. Weit davon entfernt, unsere Freiheit zu verteidigen, starben unsere Soldaten im «Krieg gegen den Terror», damit der Präsident US-Bürger ohne rechtsstaatliches Verfahren unbefristet einsperren und US-Bürger allein auf Verdacht hin umbringen kann, ohne nach Gesetz oder Verfassung Rechenschaft ablegen zu müssen.

Die Schlussfolgerung ist unvermeidlich, dass Amerikas Kriege unsere Freiheit nicht beschützt, sondern stattdessen zerstört haben. Wie Alexander Soltschenizyn sagte: «Ein Zustand des Kriegs dient nur als Vorwand für Tyrannei im Inland.» (...)

Muskelmann fürs Business

Die Wahrheit ist schwer zu ertragen, aber die Tatsachen sind eindeutig. Amerikas Kriege wurden gekämpft, um Washingtons Macht zu vergrössern, die Profite der Banker und Rüstungskonzerne und die Vermögen der

Gesellschaften der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Marinegeneral Smedley Butler sagte: «Ich diente in allen Rängen vom Unterleutnant bis zum Generalmajor. In dieser Zeit war ich die meiste Zeit ein hochklassiger Muskelmann für Big Business, für Wall Street und für die Banker. Kurz gesagt, ich war ein Gangster für den Kapitalismus.» (...)

Die Doktrinen von Wolfowitz und Brzezinski

Nachdem die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika als einzige Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg intakt war, wurde der US-Dollar zum Geld der Welt. Diese Rolle des Dollars gab Washington finanzielle Vorherrschaft über die Welt, die Hauptquelle von Washingtons Macht. Wenn andere Länder sich erheben, ist Washingtons Vorherrschaft gefährdet.

Um zu verhindern, dass andere Länder sich erheben, beruft sich Washington auf die Brzezinski- und Wolfowitz-Doktrinen. Kurz gesagt lautet die Brzezinski-Doktrin, dass Washington, um die einzige herrschende Macht zu bleiben, die eurasische Landmasse kontrollieren muss. Um das mit friedlichen Mitteln zu erreichen, ist Brzezinski bereit, die russische Regierung in Washingtons Imperium einzuführen. «Ein locker konföderiertes Russland ... ein dezentralisiertes Russland wäre weniger anfällig für imperiale Mobilisierung.» In anderen Worten, Russland soll in halbautonome Staaten aufgeteilt werden, deren Politiker mit Washingtons Geld gekauft werden können.

Brzezinski schlug eine «Geostrategie für Eurasien» vor. Laut Brzezinskis Strategie würden China und «ein konföderiertes Russland» Teil eines «transkontinentalen Sicherheitssystems», das von Washington gemanagt wird, um die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika als einzige Supermacht für alle Zeiten sicherzustellen. (...)

Rivalen verhindern

Die Einstellung, sich durchsetzen zu müssen, führt immer zum Krieg, sobald eine Macht denkt, dass sie die Oberhand gewonnen hat.

Der Weg in den Krieg wird verstärkt durch die Wolfowitz-Doktrin. Paul Wolfowitz, der neokonservative Intellektuelle, der die Militär- und aussenpolitische Doktrin der Vereinigten Staaten von Amerika formulierte, schrieb unter vielen ähnlichen Passagen:

«Unser erstes Ziel ist es, das Wiederaufkommen eines neuen Rivalen zu verhindern, sei es auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo (China), der eine Bedrohung bildet in der Grössenordnung, wie sie früher die Sowjetunion darstellte. Das ist eine wichtige Überlegung hinter der neuen regionalen Verteidigungsstrategie und erfordert, dass wir uns bemühen, jede feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter konsolidierter Kontrolle ausreichen würden, um zu globaler Macht zu kommen.»

In der Wolfowitz-Doktrin wird jedes andere starke Land als Drohung für die Vereinigten Staaten von Amerika definiert, egal wie bereit dieses Land ist, mit den Vereinigten Staaten von Amerika zum gegenseitigen Vorteil zusammenzuarbeiten.

Der Unterschied zwischen Brzezinski und den Neokonservativen ist, dass Brzezinski Russland und China gefügig machen will, indem er sie in

das Imperium eingliedert als wichtige Elemente, deren Stimmen gehört würden. Die Neokonservativen hingegen setzen auf eine Kombination von militärischer Gewalt und Subversion von innen, die durch US-finanzierte NGOs und sogar terroristische Organisationen orchestriert wird. (...)

Russlands Bedenken respektieren

Die Welt hat noch nie Schurkenstaaten erlebt, die vergleichbar wären mit Washington und Israel. Nehmen wir die Krise, die Washington in der Ukraine herbeigeführt hat, und die Gefahren, die daraus entstehen. Am 23. Mai 2014 sprach Russlands Präsident Putin zum Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg, einer dreitägigen Konferenz mit Delegationen aus 62 Ländern und CEOs von 146 der grössten westlichen Unternehmen.

Putin redete nicht über die Abschlüsse in Höhe von Milliarden Dollar. Stattdessen sprach Putin über die Krise, die Washington über Russland gebracht hat, und er kritisierte Europa, Washingtons Lakaie, die Washingtons Propaganda gegen Russland und Washingtons Einmischung in wesentliche russische Interessen unterstützt haben.

Putin war diplomatisch in seiner Rede, aber die Botschaft, die mächtige wirtschaftliche Interessen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa mitbekamen, ist dass es Probleme geben wird, wenn Washington und europäische Regierungen weiterhin Russlands Bedenken ignorieren und weiterhin so tun, als könnten sie sich in Russlands lebenswichtige Interessen einmischen, als wäre Russland nicht der Rede wert.

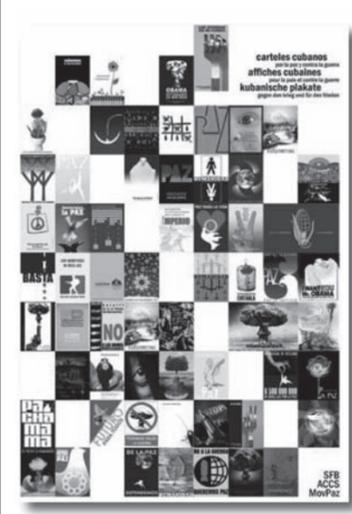
Die Chefs dieser grossen Unternehmen werden diese Botschaft zurück nach Washington und in die europäischen Hauptstädte tragen. Putin machte klar, dass der fehlende Dialog mit Russland dazu führen konnte, dass der Westen den Fehler machte, die Ukraine in die NATO integrieren und Raketenstellungen an der russischen Grenze errichten zu wollen. Putin hat gelernt, dass Russland sich nicht auf den guten Willen des Westens verlassen kann, und Putin machte deutlich, gerade noch nicht mit drohendem Unterton, dass Militärbasen des Westens in der Ukraine inakzeptabel sind.

Washington wird weiterhin Russland ignorieren. Die europäischen Hauptstädte werden sich allerdings entscheiden müssen, ob sie sich von Washington in einen Konflikt mit Russland hinein inszenieren lassen, der gegen die Interessen Europas ist. Putin testet daher die europäischen Politiker, um herauszufinden, ob es in Europa ausreichend Intelligenz und Unabhängigkeit für eine Wiederannäherung gibt.

Wenn Washington in seiner anmassenden Arroganz und Überheblichkeit Putin zwingt, den Westen abzuschreiben, wird die russisch-chinesische strategische Allianz, die sich formt, um Washingtons feindseliger Politik der Einkreisung beider Länder mit Militärbasen entgegenzutreten, sich verfestigen in der Vorbereitung auf den unvermeidlichen Krieg.

Falls es Überlebende gibt, können sie sich bei den Neokonservativen, der Wolfowitz-Doktrin und der Brzezinski-Strategie für die Vernichtung des Lebens auf der Erde bedanken. (...)

Paul Craig Roberts ist konservativer Kommentator des Wall Street Journal und ehemaliger Vize-Schatzminister der Reagan-Administration (siehe auch UW 2/2012). Quelle der vollständigen Fassung und Übersetzung: antikrieg.com



carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.-

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluewin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

Für eine Welt jenseits des Krieges

Frieden vernetzen

Am 21. September 2014, dem Weltfriedenstag, soll eine neue globale Kampagne «für eine Welt jenseits des Krieges» gestartet werden. Die vornehmlich in den USA beheimateten Initianten beabsichtigen den Aufbau eines weltweiten Netzwerkes verschiedenster Friedensorganisationen, um aktuelle Kriege zu beenden und neue zu verhindern.

Bereits haben sich Dutzende von lokalen Bürgerinitiativen, nationale Organisationen wie die britische CND und weltweite wie die WILPF oder das Internationale Friedensbüro von Genf hinter eine Erklärung gestellt, in der es heisst:

«Wir verstehen, dass Kriege und Militarismus uns weniger sicher machen und uns nicht schützen. Wir verstehen, dass sie töten, verletzen und dass sie Erwachsene, Kinder und Kleinkinder traumatisieren, die natürliche Umwelt schwer schädigen, Bürgerrechte erodieren, unseren Volkswirtschaften schaden, sowie Ressourcen für lebensbejahende Aktivitäten entziehen. Wir verpflichten uns, uns für gewaltfreie Bemühungen zu engagieren und diese zu unterstützen, mit dem Ziel alle Kriege und Kriegsvorbereitungen zu beenden und einen nachhaltigen und gerechten Frieden zu schaffen.» (worldbeyondwar.org/organisationen)

Die zur Zeit ausschliesslich Internet-basierte Kampagne setzt sich für ihren Web-Auftritt folgende Ziele:

Fortschritte

Es werden viele Schritte unternommen, was die Frage von Krieg oder Frieden angeht und manche bringen uns nach vorne, andere wiederum nicht. In diesem Bereich der Webseite werden wir eine Zeitschiene der jüngsten positiven Entwicklungen präsentieren. Einige mögliche Fortschritte könnten sein: Die Raketenangriffe gegen Syrien im Jahr 2013, die nicht stattfanden, leichte Kürzungen in einigen Militärbudgeten, Verbesserungen ablesbar in öffentlichen Meinungsumfragen, Einschränkungen bei den Drohnenangriffen, zumindest kurzzeitig sichtbare Alternativen der Diplomatie zwischen den USA und dem Iran, eine Kommission in Connecticut für den Übergang zu einem Konzept friedlicher Industrie, Frieden als eine Möglichkeit in Kolumbien, usw.

Abrüstung

Ein Schritt auf dem Weg zur Beendigung des Krieges ist die Abrüstung, einschliesslich der Abschaffung von Atomwaffen und anderer besonderer Arten von Waffen, der Abschaffung von offensiven (nicht defensiven) Waffensystemen und schliesslich der Verringerung und Beseitigung aller Kriegswaffen. In diesem Bereich der Webseite werden wir einige spezifische Kampagnen zu diesem Themenkomplex aufzeigen.



«Hundert Jahre Kriege vermochten die Kriege nicht zu beenden. Ist es nicht an der Zeit, dem Frieden eine Chance zu geben?» (Aus der Webseite des neuen Friedensnetzwerkes)

Aktuelle Kriege und Besatzung beenden

Ein Teil der Bewegung um Kriege zu beenden, ist insbesondere darauf ausgerichtet, zu verhindern dass Kriege beginnen, sich ausbreiten und eskalieren. Dies beinhaltet Fälle von akuter und weniger intensiver Besatzung durch ausländische Kräfte abzubauen. In diesem Bereich der Webseite werden wir einige spezifische Kampagnen zu diesem Themenkomplex präsentieren.

Alternativen zum Krieg

Teil der Bemühungen den Krieg zu beenden ist es, überlegene Methoden zur Vermeidung und Lösung von Konflikten zu entwickeln. Dazu gehört der Aufbau gewaltfreier Friedensteams und die Entwicklung und Umsetzung des Völkerrechts und die Schaffung von wirklich demokratischen und rechenschaftsfähigen internationalen Gremien, die nicht selbst Krieg als Mittel wählen. In diesem Bereich der Webseite werden wir einige spezifische Kampagnen präsentieren, die sich in dieser Richtung betätigen.

Für nähere Infos: worldbeyondwar.org oder per Email an davidcnswanson@gmail.com

Herzlichen Dank!

Dieser Ausgabe der UW liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten um Ihre Unterstützung. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7.

Konferenz zum 15. Jahrestag der NATO-Aggression gegen Serbien

Erbe der Zivilisation bewahren

NIEMALS VERGESSEN! – NOT TO FORGET! Unter diesem Titel und aus Anlass des 15. Jahrestages der NATO-Aggression gegen Serbien lud das «Belgrade Forum for a World of Equals» am 22. und 23. März zu einer internationalen Konferenz zum Thema «Globaler Frieden versus globaler Interventionismus und Imperialismus» in die serbische Hauptstadt ein. Mit dabei eine Delegation der Schweizerischen Friedensbewegung SFB.

Von Dr. Rudolf Hänsel

Über 500 Wissenschaftler, Experten und Personen des öffentlichen Lebens aus 50 Ländern weltweit nahmen an der Konferenz teil, die unter der Leitung von Zivadin Jovanovic, dem letzten Aussenminister Jugoslawiens stand. Die grösste Gruppe kam aus Deutschland. Alle Gäste waren angehen von den qualifizierten Vorträgen, den lebendigen Diskussionen, den bereichernden menschlichen Begegnungen wie auch vom musikalischen Rahmenprogramm und der besonderen serbischen Gastfreundschaft.

In jedem Redebeitrag wurde das 78 Tage andauernde Bombardement des Landes verurteilt und der vielen Opfer gedacht. Auch war man sich darin einig, dass dieser Krieg der «Türöffner-Krieg» (Zivadin Jovanovic) für alle folgenden Angriffskriege im neuen Jahrhundert war. Die jüngsten Vorgänge in der Ukraine und auf der Krim wurden ebenfalls lebhaft diskutiert – speziell im Zusammenhang mit der erzwungenen Abspaltung des Kosovos von Serbien. Immer wieder ist die Frage aufgeworfen worden, wie der Weltfrieden hergestellt werden kann und wie der globale Interventionismus, der die betroffenen Länder destabilisiert und Krisen in aller Welt provoziert, gestoppt werden kann. Die politische Weltordnung wird dadurch unterminiert und die Weltmächte werden durch ihn in eine immer grössere Konfrontation getrieben.

Niemals vergessen!

Das Motto der Konferenz lautete «Not to Forget!» Im Abschlussdokument der Konferenz, dem alle Konferenzteilnehmer per Akklamation zustimmten, wurde festgehalten, dass die NATO-Aggression gegen Serbien und Montenegro vom März 1999 ein Angriffskrieg gegen einen souveränen europäischen Staat gewesen sei und dass dadurch grundlegende Prinzipien des Völkerrechts verletzt worden sind, insbesondere die UN-Charta und die Helsinki Schlussakte. Es habe sich um ein Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit gehandelt. Dieser Krieg sei der Wendepunkt in Richtung eines globalen Interventionismus gewesen und eine grobe Verletzung der internationalen Rechtsordnung sowie die Negation der Rolle der Vereinten Nationen (siehe Abschluss-Dokument der Internationalen Konferenz unter www.beoforum.rs).

Die damalige NATO-Kriegsallianz habe ein neues Arsenal von Euphemismen (beschönigende Worte) entwickelt in dem Versuch, diesem Verbrechen den Anschein von Legitimität zu verleihen. So sei die so genannte «humanitäre Intervention» ein Deckmantel für die wahllose Tötung von Zivilisten in Serbien gewesen, von Kindern, Behinderten und Senioren sowie ein Vorwand für die Zerstörung der Wirtschaft und der Infrastruktur, darunter Schulen, Kliniken, Kraftwerke, Personenzüge, Brücken und Wohnhäuser. Insgesamt wurden durch diese «humanitäre Intervention» mehr als 1000 Soldaten und bis zu 2500 Zivilisten (sog. «Kollateralschäden») getötet und 10 000 Menschen verletzt. Die Schadenshöhe aller Schäden der Infrastruktur belief sich auf etwa 100 Milliarden US-Dollar. Dies dürfe, so die Kongress-Veranstalter, nicht vergessen werden – auch wegen der bereits stattfindenden Geschichtsrevision.

Verbrechen im Krieg – Genozid im Frieden

2300 Luftangriffe hat die westliche Kriegsallianz damals geflogen und 22 000 Tonnen Sprengstoff eingesetzt; zudem 1300 Marschflugkörper und 37 700 Streubomben. Das schwerste Verbrechen war die flächendeckende Bombardierung Serbiens mit Raketen mit Depleted Uranium 238, einem hochgiftigen und radioaktiven abgereicherten Uran sowie mit anderen illegalen Massenvernichtungswaffen. Ein Völkermord schlimmsten Ausmasses war und ist die Folge: ein Genozid im Frieden – nach den Verbrechen im Krieg. Die gesamte natürliche Umwelt wurde kontaminiert mit fatalen Konsequenzen für die Gesundheit der Menschen heute und der zukünftigen



Marie Tanner, Samuel Wanitsch und Jonas Jäggi überreichen dem Tagungsleiter und ehemaligen Aussenminister Jugoslawiens, Zivadin Jovanovic, ein Geschenk der SFB.

Generationen. Die USA-NATO weigert sich immer noch, bekannt zu geben, wo überall im Land mit «Depleted Uranium» bombardiert wurde.

Als Folge des Einsatzes von radioaktiven Waffen erwartet Serbien in diesem Jahr nach Auskunft des Präsidenten der serbischen Gesellschaft für den Kampf gegen Krebs, Prof. Dr. Slobodan Cikaric, eine «Explosion» von Krebserkrankungen aller Arten in Serbien (Männer Lungenkrebs, Frauen Brustkrebs). Da die Latenzzeit von 15 Jahren nach dem NATO-Bombardement abgelaufen ist, werden 22 000 Tote und 40 000 Krebskranke befürchtet.

NATO in der Verantwortung

Im Abschluss-Dokument der Konferenz wird festgehalten, dass die NA-

TO-Mitgliedsstaaten die volle rechtliche Verantwortung für die Aggression zu tragen hätten, einschliesslich der Haftung für die zugefügten Schäden sowie die Verantwortung für den Einsatz von Waffen mit abgereichertem Uran und anderen illegalen Massenvernichtungswaffen. Doch niemand wurde bisher für das tausendfache Töten verantwortlich gemacht, geschweige denn verurteilt. Auch hat sich niemand für die begangenen Verbrechen entschuldigt. Serbien habe das Recht, vor zuständigen internationalen Gremien ein Verfahren gegen das NATO-Bündnis mit all ihren Mitgliedsstaaten einzuleiten, die an der Aggression teilnahmen, um eine Entschädigung bzw. Kompensationsleistungen für alle Kriegsschäden in Serbien und Montenegro sowie für die Menschen, die unter der Aggression gelitten haben, zu erhalten.

Die Teilnehmer der Konferenz drückten ihre volle Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Serbiens aus, einschliess-

lich der Lösung der Frage des Kosovos und Metohijas im Einklang mit der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates. Sie unterstützten unter anderem folgende Forderungen: freie, sichere und würdevolle Rückkehr von 250 000 vertriebenen Serben und anderen Nicht-Albanern in ihre Heimat Kosovo und Metohija; Rückerstattung des widerrechtlich angeeigneten privaten, kirchlichen, staatlichen und volkseigenen Vermögens; Wiederaufbau der zerstörten Kirchen und 150 Klöster der serbisch-orthodoxen Kirche, der geschändeten oder zerstörten serbischen Friedhöfe und der unzähligen verbrannten serbischen Häuser. Schliesslich sollte der Handel mit menschlichen Organen untersucht, das Schicksal aller entführten und vermissten Serben aus Kosovo und



SFB-Vertreter Jonas Jäggi an der Gedenkstätte für umgebrachte Kinder: Am 24. März legten die noch in Belgrad anwesenden Teilnehmer der Konferenz zusammen mit serbischen Bürgern Kränze und Blumen an Gedenkstätten für die Opfer der NATO-Aggression nieder.



Vertreterinnen und Vertreter europäischer Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrates trafen sich in Belgrad. Mit dabei eine Delegation der Schweizerischen Friedensbewegung (Marie Tanner, Jonas Jäggi und Samuel Wanitsch).

Weltfriedensrat (WFR)

Regionalmeeting in Belgrad

Von Marie Tanner

Das diesjährige Regionalmeeting des Weltfriedensrats fand am 21. März in der serbischen Hauptstadt Belgrad statt. Gleich zwei Jubiläen können dieses Jahr verzeichnet werden: einerseits der 65. Geburtstag des Weltfriedensrats und das 65. jährige Bestehen der NATO, gegen deren weltweit verübte Aggression(-en) sich der Weltfriedensrat und seine Mitglieder seit Anbeginn an stark machen.

Am Meeting anwesend waren sowohl eine Grosszahl der europäischen Mitgliedsorganisationen, als auch Delegierte aus den USA und Kanada und die Präsidentin des Weltfriedensrats, Socorro Gomes aus Brasilien. Durch das Meeting führte Ilda Figueiredo vom portugiesischen Rat für Frieden und Kooperation (CPPC), dem die Aufgabe der Europakoordination für den Weltfriedensrat zuteil ist.

Die Reden der Delegierten waren neben Berichten über die Situation der Friedensbewegung in ihren Ländern und die Aktivitäten ihrer Organisati-

onen primär der sich als verschlimmernd wahrgenommenen Weltsituation gewidmet, insbesondere der akuten Krise in der Ukraine und der anhaltenden prekären Situation Syriens. Einstimmig bekundeten die Anwesenden ihre Solidarität sowohl mit dem ukrainischen, als auch mit dem syrischen Volk und verurteilten aufs Schärfste die Förderung rechter und ultrarechter politischer Kräfte durch die USA, die EU und die NATO. Verurteilt wurde ausserdem die immer grössere Militarisierung der EU und ihre enger werdenden Beziehungen zur NATO. Alle Anwesenden wurden in ihrer Auffassung bestärkt, dass ein Erstarren der antiimperialistischen Kräfte und der Friedensbewegungen weltweit mehr denn je von Nöten ist.

Aufgrund des Austragungsorts von grosser Wichtigkeit war die Solidaritätsbekundung mit Serbien und insbesondere mit der Bevölkerung Belgrads, der Stadt, die vor genau 15 Jahren während 76 Tagen immer wieder Ziel von NATO-Bombardierungen wurde.

Metohija geklärt und die Täter aller Verbrechen gegen die Serben in Kosovo und Metohija identifiziert und von der Justiz verfolgt werden.

Türöffner-Krieg

Immer wieder wurde betont, dass die Aggression gegen Serbien und Montenegro (BRJ) als Blaupause («Türöffner-Krieg») für den globalen USA-EU-NATO-Interventionismus gedient hat. Genannt wurden die Kriege in Afghanistan, Irak, Libyen, Mali und Syrien. Diese Strategie des globalen Interventionismus würde ein Chaos in den internationalen Beziehungen hinterlassen, zu riesigen Verlusten an Menschenleben führen und lang anhaltendes Elend und Angst über all die Länder und Regionen bringen, die unmittelbar Opfer einer solchen Politik geworden sind.

Diese NATO – so das Abschlussdokument – sei für die Auflösung der internationalen Rechtsordnung verantwortlich, für die Degradierung der Vereinten Nationen, die Anstiftung eines neuen Wettrüstens, die Militarisierung und Destabilisierung Europas und für die Herbeiführung von Krisen in einzelnen Ländern und Regionen auf der ganzen Welt. Eine solche Allianz sei kein Ort für friedliche Länder, die ihre Interessen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem UNO-System sehen. Sie sollte als ein Relikt des Kalten Krieges aufgelöst werden.

Forderungen der Jugend

In einem Jugendforum am Nachmittag des zweiten Konferenztages kamen junge Erwachsene aus Serbien und andern Ländern übereinstimmend

zu dem Schluss, dass die globale Krise, die Globalisierung und der Interventionismus die Rechte und Perspektiven der jungen Generation sehr einschränken würden. Junge Menschen unter 30 Jahre in Europa und der Welt stellten rund 60 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Gefordert wurden deshalb dringend Veränderungen in den sozialen und internationalen Beziehungen, die das Engagement junger Menschen in das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben einschliessen, damit sie Verantwortung für die eigene Zukunft auf nationaler und internationaler Ebene übernehmen können. Die jungen Konferenzteilnehmer setzten sich ein für eine sozial gerechte Gesellschaft und die universellen Menschenrechte, wie das Recht auf Arbeit, freie Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung.

Botschaft des Friedens nach Ost und West

Die einzig wahre internationale Gemeinschaft seien die Vereinten Nationen, so das Abschluss-Dokument der Konferenz. Wir alle müssten kämpfen, um den universellen Charakter des Völkerrechts zu gewährleisten: für grosse und kleine Länder, für entwickelte und für Entwicklungsländer. Wir müssten noch entschlossener kämpfen, um das Erbe unserer Zivilisation zu bewahren wie die Freiheit, die Sittlichkeit und die Würde. Es war das Anliegen der Veranstalter sowie aller Konferenzteilnehmer, dass von dieser Internationalen Konferenz in Belgrad eine Botschaft des Friedens ausgeht nach Ost und West.

Quelle: www.tugenderziehung.com

Sommerlektüre

Von Geheimdienstlern und Roten Brigaden

Mit «Ausbruch» hat Dominique Manotti einen weiteren spannenden Krimi geschrieben – diesmal über die Roten Brigaden. Unser Mitarbeiter Gerhard Feldbauer, der uns das Buch vorstellt, ist selbst intimer Kenner der damaligen Szene und befasste sich mit dem bewaffneten Kampf der radikalen Linken Italiens in mehreren Büchern, darunter «Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA», PapyRossa 2000, und in der Kriminalerzählung «Warum Aldo Moro sterben musste. Die Recherchen des Commissario Palotta», offensiv, Hannover 2008, Neuauflage Erich Weinert-Bibliothek der DKP Berlin 2011.

Von Gerhard Feldbauer

Die für brillant geschriebene und mehrfach preisgekrönte Krimis mit politischem und sozialökonomischem Hintergrund bekannte Dominique Manotti hat sich in ihrem neuesten «Ausbruch» betitelten Roman einem brisanten Thema zugewandt: Den linksextremen Roten Brigaden im Italien der 1970/80er Jahre. Vor dem Hintergrund der Geschichte der radikalen italienischen Linken, die die Hinwendung der Kommunistischen Partei (IKP) zur Regierungszusammenarbeit mit der großbürgerlichen Democrazia Cristiana (DC) ablehnte und gegen die wachsende neofaschistische Gefahr den bewaffneten Kampf aufnahm, wird auf mehreren Ebenen das Schicksal Carlos, eines Gründers der Brigade Rosse, abgehandelt. Da ist auch ein Stück Biographie von Manotti, die 1968 enttäuscht über die Haltung der FKP zu der Studenten- und Bürgerrechtsbewegung, die ihren Höhepunkt mit der Mai-Revolution erreichte, die Partei verließ. In dieser Zeit wandte sich die FKP auch zeitweise dem sogenannten Eurokommunismus zu, dem George Marchais im Gegensatz zu Italiens Enrico Berlinguer und Spaniens Santiago Carillo jedoch bald wieder den Rücken kehrte.

Anhängerin Gramsci

Manotti (Jg. 1942), die eigentlich Marie-Noëlle Thibault heißt, wurde während des Befreiungskampfes Algeriens gegen die französische Kolonialmacht politisch aktiv. An der Schwelle zu den 1980er Jahren unterstützte sie den Kampf der türkischen Sans-papiers, die ihre Legalisierung forderten. Die Auseinandersetzungen bildeten den Hintergrund ihres Kriminalromans «Hartes Pflaster». Von 1976 bis 1983 war die promovierte Historikerin, die an Pariser Universitäten Wirtschaftsgeschichte lehrte und sich bereits vorher gewerkschaftlich engagierte, Generalsekretärin der Pariser Sektion der Confédération française démocratique du travail (CFDT). Zu den von ihr bevorzugten marxistischen Theoretikern gehören der Begründer der IKP Italiens Antonio Gramsci und die deutsche Kommunistin Rosa Luxemburg.

Carlos sitzt im Gefängnis, wo er – eine authentisch belegte beliebte Methode der Strafjustiz – die Zelle

mit einem Klein-Kriminellen Filippo teilt. Der bewundert Carlos, der von den Kämpfen gegen die Faschisten und gegen das Unrecht, für eine bessere Welt erzählt. Als Carlos fliehen kann ergibt sich für Filippo die Gelegenheit, mit zu entkommen. Carlos trennt sich bald von Filippo, dem er empfiehlt nach Paris zu gehen, wo er ihm die Adresse seiner Geliebten und Kampfgefährtin Lisa gibt. Sie vermittelt ihm eine Arbeit als Nachtwächter, während der Filippo sein Naturtalent als Schriftsteller entdeckt. Angeregt wird er durch den Tod von Carlos, der einen Bank-Überfall unternommen, dabei einen Carabinieri erschossen haben soll und selbst ums Leben kommt.

Bezug zu Renato Curcio

Linksradikale italienische Emigranten in Paris vermuten wie auch Lisa recherchiert: es war eine von den Geheimdiensten gestellte Falle, um den BR-Chef zu exekutieren, gleichzeitig die Rotbrigadisten als gewöhnliche Verbrecher abzustempeln. War dazu auch sein Ausbruch schon inszeniert? Hier wird Insidern der Bezug zu BR-Gründer Renato Curcio besonders deutlich werden, der diesem Schicksal nur knapp entging, anders als seine Lebensgefährtin Mara Cagol, die regelrecht hingerichtet wurde. Umso mehr verwundert, dass in den knappen Quellen das Buch von Curcio und Mauro Rostagno «Fuori dai Denti» – Offen gesagt (Neuaufgabe, Mailand 1980) fehlt. Ebenso Curcios «Mit offenem Blick» (ID-Verlag 1997).

Filippo schafft einen Mythos, in dem er sich zum Helden an der Seite von Carlos stilisiert. Er steigt zum gefeierten Bestseller-Autor auf, wird aber damit zum von den Geheimdiensten auserkorenen Kronzeugen für den Banküberfall. Mit Carlos' Kampfgefährtin fordert Lisa, Filippo soll bekennen, dass das Ganze eine von ihm erfundene Geschichte ist. Kommt er dem nach, droht das Komplott aufzufliegen.

CIA-Agent als Nachfolger

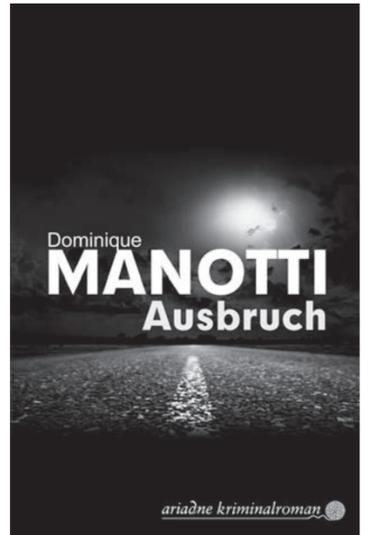
Aus der Fülle aussagekräftiger Bücher italienischer Autoren vermisst man in den Quellenangaben auch Alberto Franceschini (mit Curcio Brigadegründer) «Das Herz des Staates treffen» (Europa-Verlag 1990) oder Primo Moroni/Nanni Balestrini «Die goldene Horde. Arbeiterautono-

mie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien» (Berlin, Göttingen 1994). Moroni hob in «Die Beute» 1994 hervor, dass im Gegensatz zur RAF, die in der Bundesrepublik nicht viel mehr als 1000 aktive Anhänger zählte, in Italien zwischen 7000 und 11000 den bewaffneten Kampf führten. Von Franceschini stammt die Einschätzung: «Die BR wurden instrumentalisiert, nur ein Teil «unserer Aktionen» waren wirklich unsere». Es fehlen auch die Analysen von Sergio Flamigni, Mitglied der Moro-Kommission des italienischen Parlaments, der u. a. in «La tela del ragno – Das Spinnennetz» (Mailand 1993) nachwies, dass nach der Ausschaltung Curcios 1975 der CIA-Agent Corrado Simioni «der tatsächliche Chef der Brigade Rosse» wurde, der den nun einsetzenden mörderischen «Linksterror» der Tötung initiierte.

Eine «Kleine Legende zu politischen Termini» des Verlags erhellt den tatsächlichen Hintergrund, darunter über die Strategie der Spannungen, die Roten Brigaden, die faschistische

P2. Hier wäre aufschlussreich gewesen, den Enthüllungsjournalisten Livio Januzzi auf einer Pressekonferenz am 14. Juni 1975 in Rom anzuführen, der schon damals die Durchdringung und Manipulierung der Roten Brigaden durch Geheimdienstagenten der CIA sowie ihrer italienischen Partner und ihre Ausbildung auf einem geheimen NATO-Stützpunkt auf Sardinien aufdeckte. Seine Enthüllungen wurden 1991 nach dem Aufspüren der geheimen CIA-Truppe in Italien u. a. durch Giovanni Mario Bellu und Giuseppe D'Avanzo in «I Giorni di Gladio» (Die Tage von Gladio), Rom 1991, vollauf bestätigt. Doch solche Lücken werden allenfalls Kenner der Szene entdecken.

«Ausbruch» ist ein interessierter breiter Leserkreis zu wünschen. Der spannende Krimi kann anregen, über die bis heute anhaltenden Folgen der verfehlten Strategie der Regierungszusammenarbeit der IKP mit der Großbourgeoisie, gegen die sich der ursprüngliche Widerstand der Gründergeneration der Brigade Rosse unter



Dominique Manotti: Ausbruch. Ariadne kriminalroman, Argument Verlag 2013. 253 S.; ca. Fr. 24.– Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89, buecher-waser@bluewin.ch

Curcio und seinen Genossen richtete, nachzudenken: Das Versinken der einst kampfstarken italienischen Kommunisten in die Bedeutungslosigkeit.

Kommentar zum Gripen-Nein vom 18. Mai 2014

Ein kleiner Schritt weiter

Am 18. Mai 2014 wurde das Referendum gegen den Kauf von 22 Gripen Kampfflugzeugen angenommen. Doch um die Interpretation des Abstimmungsergebnisses wird gestritten: Besagt das Abstimmungsergebnis zunächst einmal, dass der Schweizer Luftwaffe die heutigen F/A-18 genügen müssen und die Flotte nicht durch neue Flugzeuge ergänzt werden soll, so scheint die Diskussion über die Verwendung der nicht für den Kauf einzusetzenden Gelder erst richtig an Fahrt aufzunehmen.

Von Yannick van den Berg

Möglicherweise – und trotz allen parteilichen Versuchen, das Abstimmungsergebnis den eigenen Interessen gemäss 'umzuformen' – erreicht die Debatte über die Zukunft der Schweizer Armee endlich das Niveau einer einigermassen sachlich und öffentlich geführten Diskussion. Denn zwei Punkte wurden in den vergangenen Wochen einsehbar. Erstens betrifft das Nein vom 18. Mai mehr als nur Flugzeuge. Das Nein führt weitere Fragen mit sich und es tangiert ganz allgemein die Ausrichtung der Armee. Etwa: Wie lange halten die F/A-18? Braucht es anschliessend neue, oder nicht? Wer stellt diese bereit und wie werden sie dann evaluiert? Sollen die Gelder bei der Armee bleiben oder werden sie zur Linderung des vom Bund ausgewiesenen, strukturellen Defizits genutzt? Am Mittwoch, dem 28. Mai, teilte das Verteidigungsdepartement (VBS) dann mit: Da es nicht möglich sei, die Gelder kurzfristig und in sinnvoller Weise anderweitig zu verwenden, werde der Ausgaben-Plafonds der Armee bis im Jahr 2016 gekürzt. Hierdurch können 800 Millionen Schweizer Franken von anderen Departementen eingesetzt werden.

Zweitens aber, und das ist der interessantere Punkt, scheint die Pro-Gripen Abstimmungsrhetorik nicht den gewünschten, ja gar den gegenteiligen Effekt erzielt zu haben. Als veranschaulichendes Beispiel dient an dieser Stelle die NZZ. So fragte diese nach der Abstimmung, ob die Armee nach wie vor fest beim Schweizer Volk verankert sei. Oder sie stellte fest, wie in der Schweiz «der Wehrwille bröckelt». Unbefangen muss einer solchen Argumentation entgegengetreten werden: Ja, zum ersten Mal seit rund zwanzig Jahren ist eine von 'linker Seite' kommende Initiative zur Armee angenommen worden. Es wird dabei aber vergessen, wie breit abgestützt die Ablehnung zum Kauf der neuen Kampffjets ist – sie geht über das so-

genannte 'linke Lager' hinaus. Und es wird auch vergessen, dass diese breite Abstützung nur zustande kommen konnte, weil die Interessen und Vorgänge von und innerhalb der Armee von der Stimmbevölkerung als ihre eigenen Interessen angesehen werden. Einfach: weil auch bei einem Nein davon ausgegangen werden muss, dass es die Menschen in der Schweiz kümmert, was ihre Armee macht.

Wird dieser Umstand in den verschiedenen Interpretationen des Abstimmungsergebnisses nicht berücksichtigt, so werden Positionen wie sie im obigen Beispiel angeführt wurden, als Ideologie enttarnt – und zwar zu Recht als eine, die den Willen der Mehrheit in den Hintergrund rückt. Die Frage, ob eine Schweizer Armee auch ohne Flugzeuge funktionieren kann ist nicht gleich der Frage, ob es eine Armee überhaupt braucht oder die Menschen dieser überdrüssig sind. Eine solche Instrumentalisierung der Meinungen ist taktisches Vorgehen

und nicht Information. Glücklicherweise und scheinbar entgegen vieler Erwartungen wurde dieser Mechanismus der Instrumentalisierung im Vorfeld der Abstimmung erkannt – es besteht eben ein Unterschied zwischen einem realen Konflikt und seiner Vermarktung, respektive dem Willen zum Konflikt. In diesem Sinne ist die Krim vielleicht doch überall, wie das oft und gerne benutzte Flügelswort lautete. Jene, die aus dem Leid anderer Menschen – wie in der Ukraine – Kapital zu schlagen versuchen befinden sich nun auch in der öffentlichen Wahrnehmung auf gleicher Linie wie jene, die das Leid verursachen. Das ist auch der einseitigen Berichterstattung unserer Medien und der tendenziellen Unterschlagung der breiten Empörung über eine geplante und militärisch geführte Eskalation zu verdanken. Diese haben die Diskrepanz zwischen verschiedenen Interessen nur noch schärfer hervortreten lassen. Ein wichtiger Punkt dieser Abstimmung ist somit nicht, dass die breite Abstützung des Nein in der Bevölkerung ein Ausdruck der verstärkten Sichtbarkeit dieser Verbindungen und Mechanismen ist. Nein, das Bewusstsein und die Sorge um friedenspolitische Anliegen sind einen kleinen Schritt weiter. Sie werden (wieder) diskutierbar.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

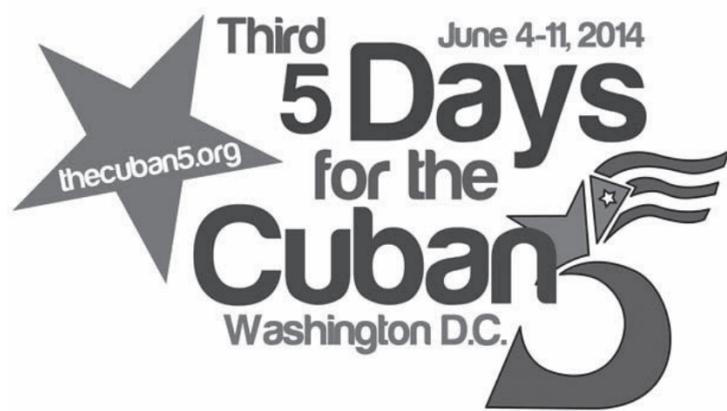
Schweizerische Friedensbewegung SFB

Sekretariatsstelle ca. 20%

Für die Neubesetzung unseres Sekretariats suchen wir eine engagierte Person, die die Anliegen der SFB unterstützt und die administrativen Aufgaben der SFB übernimmt.

Bewerbungen an:
Schweizerische Friedensbewegung SFB
Postfach 2113, 4001 Basel

Weitere Informationen:
Christoph Jäggi, 061 681 02 45



Zum dritten Mal organisierten fortschrittliche Kräfte in den Washington eine mehrtägige Kampagne zur Freilassung der Cuban Five (siehe Kasten). Die Aktion fand nach Redaktionsschluss statt.

Gespräch mit René Gonzalez

Zeitfenster nutzen

Der kubanische Aufklärer René González war als erstes Mitglied der 1998 in den USA verhafteten «Cuban Five» im Oktober 2011 aus der Haft entlassen worden, durfte aber erst im April 2013 – nach Rückgabe seiner US-Staatsbürgerschaft – nach Kuba zurückkehren. Volker Hermsdorf hat ihn in Havanna getroffen.

Von Volker Hermsdorf

Frage: Wir hatten auf ein Gespräch mit Ihnen während der Internationalen Anhörung zum Fall der «Cuban Five» Anfang März in London gehofft. Aber obwohl Sie der Hauptzeuge des Hearings waren, verweigerte Grossbritannien Ihnen die Einreise. Hat Sie das eigentlich überrascht?

René: Ehrlich gesagt, nicht wirklich. Die Übereinstimmungen zwischen der britischen und der US-amerikanischen Regierung, die tiefe historische Wurzeln und auch ökonomische Gründe haben, sind ja jedem bekannt. Allerdings war das Verhalten der britischen Behörden höchst widersprüchlich. Ein Kubaner mit Wohnsitz in Miami, der wegen terroristischer Aktivitäten viele Jahre in Kuba im Gefängnis sass, jetzt aber ein Anhänger der Revolution ist, hat an der Konferenz in London teilgenommen. Er hat mir später eine E-Mail geschickt und meinte, es sei wirklich kurios: «Ich war als Terrorist rechtmässig verurteilt und inhaftiert und durfte einreisen, während Dir das Visum abgelehnt wurde, obwohl Du lediglich dafür eingesperrt worden bist, weiteren Terror verhindern zu wollen.» Dahinter steckt die einfache Logik der USA, dass sie ihre eigenen Terroristen schützen.

Die Mauer des Schweigens durchbrechen
Zu der Anhörung in London hatten über 6000 Menschen aufgerufen, darunter rund 200 bekannte Persönlichkeiten wie Nobelpreisträger, Juristen, Politiker, Künstler, Wissenschaftler und andere Prominente aus aller Welt. Die 300 Teilnehmer kamen aus 27

Ländern. Trotzdem wurde die Anhörung ebenso wie der Fall der «Cuban Five» von den grossen Medien verschwiegen. Was kann die Solidaritätsbewegung tun, um diese Mauer des Schweigens zu durchbrechen?

Auf die Medien der westlichen Länder sollten wir nicht viel Hoffnung setzen. Damit sie überhaupt Notiz von dem Fall und unseren Positionen nehmen, muss man etwas Aussergewöhnliches machen. Trotzdem werden die grossen Medien weiterhin über den Fall der «Cuban Five» schweigen. Das ist ja eine bewusste politische Strategie. Statt zu sehr auf die Medien zu hoffen, sollten wir auf die Kraft unseres Tuns setzen. Das Wichtigste in diesem Jahr ist die Solidaritätswoche vom 4. bis 11. Juni in Washington, dem Zentrum der politischen Macht in den USA. Ich halte eine gelungene Aktion dort für Erfolg versprechender, als zuviel Kraft in den Kampf gegen Manipulationen der grossen Medien zu stecken.

Terror über Internet

Der preussische General Carl von Clausewitz hat vor 200 Jahren den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln bezeichnet. Heute sind Gewalt und Terror Ersatz für Politik, wie in der Ukraine, in Venezuela und in Kuba. Sie haben für den Kampf gegen den Terror im Gefängnis gesessen. War Ihre Mission trotzdem erfolgreich?

Seit Clausewitz hat sich das Szenario verändert. Damals wurden zur Eroberung vor allem Kriege geführt. Heute bedienen sich die Aggressoren differenzierterer Methoden, zum Beispiel über die neuen Medien und soziale Netzwerke. Das ist subtiler und

viel gefährlicher. Gewalt, Terror, Invasionen und Kriege werden über das Internet vorbereitet. Die aktuellsten Beispiele erleben wir in der Ukraine und in Venezuela, und niemand weiss, wie das endet. Wir in Kuba haben seit mehr als 50 Jahren alle Facetten dieses Krieges kennengelernt: Terrorismus, direkte Invasion, Vernichtung von Ernten und Tierbeständen, ökonomische Blockade, den Medienkrieg und in der letzten Zeit eine zunehmende subtile Aggression über die sozialen Medien und Netzwerke. «ZunZuneo» ist ein Beispiel dafür. Unsere Mission in den USA konnte Anschläge verhindern, hat Leben und Gesundheit der Bürger geschützt. Aber Projekte zur Destabilisierung unseres Landes wie zum Beispiel «ZunZuneo» werden weiterhin von dort betrieben. Ich halte derartige geheimdienstliche Operationen gegen die Regierungen und die Stabilität anderer Länder, egal ob von der CIA oder der USAID initiiert, für sehr gefährlich, weil sie Vorbereitungen von Gewalt und Terror sind. Menschen, die uns davor schützen, leisten eine wertvolle Arbeit.

Amnesty spricht Klartext

Amnesty International klagt an, dass Politik und Justiz in den USA den Fall der «Cuban Five» für ihre politischen Ziele missbraucht und dass Sie und die anderen vier nie die Chance auf ein faires Verfahren gehabt haben. Wie wichtig ist dieser aktuelle Report von Amnesty International?

Ich halte diesen Bericht von Amnesty International für ausserordentlich wichtig. Es ist das zweite Mal, dass diese Organisation sich zu dem Fall äussert. Sie hat dazu die Vorgeschichte unserer Verhaftung, die Einmischung der US-Regierung bei der Vorbereitung des Prozesses, die Bezahlung von Journalisten zur Beeinflussung des Verfahrens, die Behinderungen der Verteidigung und viele weitere Umstände sehr gründlich analysiert und kommt zu dem Ergebnis, dass keiner von uns fünf einen fairen Prozess hatte. Die jeweils verhängten Strafen, besonders die zweifache lebenslange Haft für Gerardo Hernández nennt Amnesty eine «offensichtliche Ungerechtigkeit».

Die Amtszeit von Präsident Barack Obama endet im Januar 2017. In London war immer wieder zu hören, dass die nächsten beiden Jahre für die Freilassung der noch in den USA inhaftierten drei Aufklärer entscheidend sind. Was bedeutet das?

Das ist genau das Zeitfenster, das wir nutzen müssen. Wenn Obama seine Amtszeit beendet und den Fall bis dahin nicht durch seine Entscheidung gelöst hat, wird die Angelegenheit komplizierter werden. Um es mit einem astrologischen Begriff zu sagen, standen die Sterne für eine positive Lösung nie so günstig wie jetzt. Damit will ich nicht sagen, dass alles in trockenen Tüchern ist, aber der gegenwärtige Zeitpunkt ist günstig. Es gibt wachsenden inneren Druck auf die US-Regierung, das Verhältnis zu Kuba zu verbessern, und die Stimmung gegenüber uns hat sich dort in den letzten Jahren verändert. Viele Interessenvertreter begreifen, dass die bisherige feindliche Haltung zu Kuba den USA mehr geschadet als genützt hat. In Lateinamerika und vielen anderen Regionen der Welt haben sie sich dadurch selbst isoliert. Zahlreiche US-Politiker, darunter eine Reihe von Senatoren, fordern eine Verbesserung der Beziehungen. Zudem spielen die ultrarechten kubafeindlichen Gruppierungen eine immer geringere Rolle, ihr Einfluss auf die Politik schwindet. All diese Faktoren begünstigen eine Entscheidung zur Freilassung unserer drei Kampfgefährten. Obama kann den Prozess politisch entscheiden. Er muss dafür nur ein Stück Papier unterschreiben.
(Quelle: Junge Welt jW)

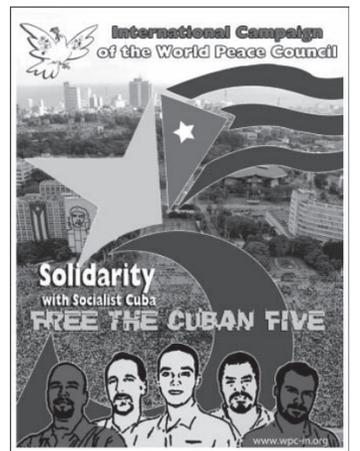
Austausch möglich?

«Die Aktionswoche in Washington ist die wichtigste Veranstaltung in diesem Jahr für die Freilassung von Gerardo, Antonio und Ramón», sagte der Ende Februar zurückgekehrte «Held der Republik Kuba» Fernando González am 2. Juni auf einer Pressekonferenz in Havanna. Er sei überzeugt, dass der Druck auf Obama in den nächsten Monaten zunehme. Im vergangenen Jahr hatten sich Teilnehmer aus 23 Ländern an den Protesten in Washington beteiligt. Bemerkenswerterweise räumte die den rechten Exilkubanerguppen nahestehende Tageszeitung Nuevo Herald in Miami am darauffolgenden Tag der Pressekonferenz breiten Raum ein. Das Blatt veröffentlichte einen Bericht der spanischen Nachrichtenagentur EFE, in dem – nach dem Austausch von fünf Guantánamo-Häftlingen gegen einen gefangenen US-Soldaten – über einen ebenfalls möglichen Austausch der drei Kubaner gegen den US-Spion Alan Gross spekuliert wurde. Fernando González hatte dazu in Havanna auf die Fragen von ausländischen Journalisten geantwortet: «Es ist doch augenfällig, dass das einzige, was zu so einer Regelung fehlt, der politische Wille der US-Regierung ist. Wenn Obama es will, kann er den Fall sofort lösen.» (Quelle: jW/N.H.)

Grussbotschaft aus der Schweiz

In einer Grussbotschaft der Vereinigung Schweiz-Cuba an die Cuban Five aus Anlass der Washingtoner Aktionstage heisst es:

«Mit diesen Zeilen möchten wir unsere grosse Bewunderung und unseren Dank für Eure unermesslichen Opfer zum Ausdruck bringen, die Ihr nicht nur für Kuba, sondern für die gerechte Sache überhaupt auf Euch genommen habt.



In einem reichen Land wie der Schweiz, wo die Mitmenschlichkeit immer mehr in egoistischem Konsumismus förmlich zu ersticken droht, kann sich kaum jemand vorstellen, was ein solches Opfer sowohl für Euch als auch für Eure Angehörigen bedeutet.

Und klar, die dominierenden Massenmedien der Hochfinanz verhindern es geflissentlich, dass über die Ursachen solchen Unrechts nachgedacht wird.

Umso mehr hoffen und wünschen wir, dass mit den «5 Days for the Cuban 5», das anlässlich des beeindruckenden Tribunals von London im vergangenen März einmal mehr aufgedeckte Fehlurteil gegen Euch einer breiten Öffentlichkeit in den USA und der restlichen Welt bekannt gemacht und soviel moralischer Druck aufgebaut werden kann, dass Euch endlich Gerechtigkeit widerfährt und auch Ramon, Antonio und Gerardo ein Leben in Würde und Freiheit leben können.

Wir erklären uns solidarisch mit den Komitees im In- und Ausland, die sich seit Jahren unermüdlich für die Freiheit der Fünf Kubaner einsetzen und wollen nicht nur moralisch unseren Beitrag dazu leisten – bis auch Antonio, Ramon und Gerardo frei sind.»

Reisen Sie mit «Unsere Welt» und der Schweizerischen Friedensbewegung durch die sich verändernden Landschaften Kubas. Informieren Sie sich aus erster Hand über Errungenschaften und Visionen der revolutionären Karibikinsel und ihrer Bevölkerung.

4. SFB-Studienreise nach Cuba vom 22. Februar 2015 – 8. März 2015

Mit reichhaltigem Besichtigungs- und Begegnungsprogramm in West- und Zentralkuba, u.a. Provinzverwaltung der Pöder Popular, Urbane Landwirtschaft, Poliklinik, Familienarzt, Schulbesuch, Tabak- und Zuckerindustrie, Kultur-, Sozial- und Friedensprojekte, Gespräche mit der Friedensbewegung, mit Gewerkschaftern, mit Kunstschaffenden, mit dem Büro des Stadthistorikers von Havanna. Baden am Strand. Übernachtungen in Mittelklassehotels, Halb-/Vollpension. Flug Zürich – Havanna – Zürich mit Air France/KLM. Inlandroute mit klimatisiertem Bus. Schweizerische Reiseleitung durch UW-Redaktor Martin Schwander. Kubanische deutschsprachige Reiseleitung durch AMISTUR.

Kosten ca. Fr. 3100.–/DZ, alle Leistungen inklusive

Detailliertes Programm erhältlich über Tel. 034 422 16 32 oder info@comtext.li. Die Anzahl Teilnehmender ist auf 20 beschränkt. **Anmeldeschluss 31. Oktober 2015.**

Nationalismus und Rassismus entgegneten Solidarisches Dreieckland

Es reiche nicht, die vielen Stimmen für rechtsextreme, nationalistische bis faschistische Parteien bei Wahlen zu bedauern, meint die Süddeutsche Friedensinitiative «Friedensrat Markgräflerland» aus Müllheim. Mann und Frau könnten etwas dagegen tun.
«Aber was und mit wem? Welche Gründe haben in Frankreich, Deutschland und der Schweiz so viele Menschen verführt, rechts zu wählen? Wer sind Führer, wer Verführte?»

Gemeinsam mit Bewegungen und Bewohnern des Dreiecklandes möchte der Markgräfler Friedensrat Vor-

schläge/Alternativen/Forderungen für die drängenden Probleme der Menschen finden. «Was können wir tun, um Nationalismus und Rassismus gemeinsam entgegenzutreten?»

Der Friedensrat Markgräflerland lädt deshalb alle Interessierten ein, sich am Dienstag, 15. Juli, um 19.00 Uhr im Konferenzraum des Parkrestaurants Bürgerhaus in Müllheim zu treffen.

«Dies soll ein Anfang sein und kein einmaliges Treffen», heisst es in der Einladung. (Für weitere Infos: www.friedensrat.org)

Antiterroristen

Die fünf kubanischen Aufklärer hatten vor rund 20 Jahren in den USA verdeckt in gewaltbereiten Gruppen ermittelt, um Pläne für Terroranschläge auf der Insel auszukundschaften und deren Durchführung zu verhindern. Ihre Erkenntnisse waren auch an US-Ermittler weitergeleitet worden, am 12. September 1998 wurden sie daraufhin verhaftet und in unfairen Prozessen zu drakonischen Strafen verurteilt. Während die nicht miteinander verwandten Kundschafter René und Fernando González seit dem Ende ihrer Haft wieder bei ihren Familien in Kuba sind, werden drei der «Cuban Five» weiterhin in US-Gefängnissen festgehalten. Gerardo Hernández, der zu zweimal lebenslang plus 15 Jahren verurteilt worden war, soll sogar in Haft sterben. Gegen die Gefangenschaft der Aufklärer protestieren nicht nur die meisten Regierungen Latein- und Südamerikas, auch in der Öffentlichkeit und in Parlamenten anderer Länder wächst der Widerstand. Der Schlüssel für die Freilassung der drei noch Inhaftierten liege aber in Washington, lautete das Fazit einer internationalen Anhörung zum Fall, die Anfang März in London stattfand (Unsere Welt berichtete). jW/N.H.

ALBA – Netzwerk der Solidarität

Gemeinsam für den Aufbruch

In UW 1/2014 dokumentierten wir einen Aufruf der Organisation ALBASUIZA zum fortschrittlichen Prozess in Venezuela und den Versuchen emanzipationsfeindlicher Kräfte, diesen Prozess rückgängig zu machen. Heute stellen wir ALBASUIZA, zu deren Gründern auch Mitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung SFB gehören, in einem Interview von UW-Redaktor Samuel Wanitsch mit Karin de Fries und Walter Suter vor. Karin de Fries ist Präsidentin von ALBASUIZA und der ehemalige Botschafter der Schweiz in Venezuela Walter Suter Mitglied des Vorstandes. Das Interview wurde schriftlich geführt.

Frage: Karin de Fries, seit knapp einem Jahr tritt die Organisation ALBASUIZA in der Öffentlichkeit auf. Du wurdest an der Gründungsversammlung im September letzten Jahres zur Präsidentin gewählt. Kannst Du uns in kurzen Zügen die Entstehungsgeschichte und die Zielsetzung der Organisation darlegen?

Karin de Fries: Liebe Aktivistinnen und Aktivistinnen der Schweizerischen Friedensbewegung, Zuallererst möchte ich mich bei der SFB für das Interesse an ALBASUIZA und die Zusammenarbeit mit uns bedanken. Das erste Ziel von ALBASUIZA ist eben, mit anderen solidarischen Menschen und Organisationen, die für eine menschenwürdige Gesellschaft, ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, für einen Frieden mit sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Umverteilung und dem Aufbau einer Welt, in der der Mensch im Zentrum steht und nicht der Gewinn und die Kapitalakkumulation, gemeinsam ein solidarisches Netzwerk aufzubauen.

Es freut mich besonders, da unser erstes Kennenlernen als Organisationen auf der Strasse stattfand und wir uns eurem traditionellen Ostermarsch anschlossen. Für Frieden zu demonstrieren, für Frieden in Lateinamerika zu kämpfen heisst für uns, hier und dort Verbündete zu suchen, uns euren Forderungen anzuschliessen und uns, mit euch, mit dem Aufbau gerechter Gesellschaften in Lateinamerika zu solidarisieren.

ALBASUIZA hat sich zum Ziel gesetzt, von der Basis bis zum Parlament, ein Netzwerk aufzubauen, eine Plattform für Menschen und Organisationen zu bieten, die sich für die Selbstbestimmung und Souveränität der Völker engagieren. Souveränität verstehen wir nicht nur als eine politische-territoriale, sondern als eine, die auch die Gesellschafts-, Kultur- und Ernährungssouveränität beinhaltet.

ALBA bedeutet auf Spanisch «Morgendämmerung» und bezeichnet so symbolisch den gesellschaftlichen Aufbruch dieser Länder. Die lateinamerikanischen Regierungen, die sich in die Integration ALBA (Bolivarianische Allianz für die Völker unserer Amerikas) 2004 zusammenschlossen und seither einen solidarischen, Wirtschafts- und Gesellschaftsaustausch aufbauen, sind Venezuela, Cuba, Bolivien, Ecuador, Nicaragua, Dominica und Barbuda, St. Vincent sowie die Grenadinen. Honduras war zu Beginn mit dabei, doch der Militärputsch von 2009 setzte der Teilnahme und Teilhabe des Landes an dieser neuen Art von Länderkooperation ein jähes Ende. ALBA-TCP (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos) ist die notwendige Ergänzung dieses antiimperialen und antikapitalistischen Aufbaus; es ist die Organisations- und Koordinationsform der sozialen Bewegungen, die ebenfalls

aktive und bestimmende Akteure der emanzipatorischen und revolutionären Entwicklungen in diesen Ländern sind.

ALBASUIZA solidarisiert sich mit den ALBA-Regierungen und Bewegungen. Deshalb unser Name. Die Gründungsversammlung von ALBASUIZA fand im September letzten Jahres statt, also vor ziemlich genau neun Monaten. Vorgegangen war ein intensiver, spannender Prozess, an



ALBASUIZA-Mitglieder am Ostermarsch 2014 in Bern. Foto Wanitsch

dem Männer und Frauen teilnahmen, die als Einzelperson oder in verschiedenen solidarischen Organisationen seit Jahren aktiv sind. Vorgegangen waren mehrere nationale Treffen und Koordinationen für gemeinsame Aktionen und Debatten. Im Juni letzten Jahres, an einem nationalen Solidaritätstreffen zu Venezuela, wurde der Entschluss zur Gründung gefasst und im September ALBASUIZA offiziell gegründet.

ALBASUIZA ist ein schweizerischer Verein, tönt aber vom Namen her auch sehr spanisch. Widerspiegelt das auch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft?

Ja, wir haben uns für einen spanischen Namen entschieden, der jedoch vor allem ein politischer Name ist: ALBA. Ein politischer Name im Sinne der Notwendigkeit einer neuen Art von Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Völkern, zwischen uns Menschen. ALBA fasst in wenigen Buchstaben die Existenz von Ländern zusammen, die dem US- und NATO-Imperium die Stirn bieten und nicht kapitalistische Gesellschaften anstreben und aufbauen; trotz allen Schwierigkeiten und Widersprüchen. SUIZA ist der spanische Teil unseres Namens, den hier in der viersprachigen Schweiz viele, wenn nicht alle verstehen. Wir sind eine unabhängige, offene Organisation, bei der jede Person, die mit den genannten Prozessen solidarisch ist, teilnehmen kann. Die drei grossen Sprachregionen sind in ALBASUIZA präsent und die Mitglieder, Aktivistinnen und Aktivistinnen haben verschiedenste Herkunftswurzeln; schweizerische, europäische, lateinamerikanische. Weil wir uns als internationalistisch bezeichnen und uns nicht über die Angehörigkeit einer Nation definieren, finden wir es wichtig, dass in

unserer Organisation Menschen, die aus Lateinamerika in die Schweiz gekommen bzw. geflüchtet sind, ebenso wie Menschen, die in zehnter, oder x-ter oder zweiter Generation in der Schweiz leben.

Welches sind die zentralen Herausforderungen für ALBASUIZA hier und dort?

Eine grosse und wichtige Frage! Aus unserer Arbeit heraus nenne ich drei zentrale Herausforderungen ohne diese zu priorisieren, sie sind gleichzeitig anzugehen.

Der Angriff auf emanzipatorische Prozesse und Regierungen, die den Reichtum umverteilen und gegen die Interessen der Multinationalen Unternehmen und der imperialen Kräfte (USA, EU und die Schweiz, die de-

ass diese Regierungen die Unterstützung der Volksorganisationen haben, weil sie mit und für die Bevölkerung, v.a. für die bisher diskriminierte Bevölkerung regiert. ALBASUIZA kann nicht gegen die grossen Windmühle-Medienkonzerne mit den gleichen Mitteln kämpfen. Neue Wege, persönliche Gespräche, Teilnahme an Aktivitäten, Vernetzung und eben Organisation muss unsere Antworten sein, damit die Stimmen von dort hier ein Echo erhalten. Dies ist eine grosse Herausforderung und gleichzeitig der Grund, weshalb ALBASUIZA ins Leben gerufen wurde.

Die zweite Herausforderung hat mit dem Genannten zu tun: Unser Netzwerk stärken und eine internationalistische Solidarität und Kooperation mit den betreffenden Regierungen und sozialen Bewegungen aufbauen. Eine direkte Solidarität, die politische Diskussionen, politische Schulung und Auseinandersetzung mit den verschiedenen sozialen und politischen Kräften beinhaltet. Eine Herausforderung, bei der wir erst am Anfang stehen und bei der alle AktivistInnen teilhaben sollen.

Die dritte Herausforderung, die ich nennen möchte ist die, die wir am Ostermarsch und an den verschiedenen 1.Mai-Demonstrationen mitgetragen haben: den Frieden in diesen Ländern stützen, denn nur so können die Menschen die bestehenden Probleme angehen und die Erfolge weiterentwickeln. Seit Anfang dieses Jahres haben sich die Putschversuche in Venezuela verstärkt. Es ist ganz wichtig, die Dialogangebote der Regierung bekannt zu machen und die Teilnahme der Opposition einzufordern, ebenso wie die permanente Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten des Landes zu denunzieren und deren Einhalt einzufordern. Die euch bekannten Kriegstreiber sind die gleichen, die gegen die ALBA-Länder vorgehen; über die Medien, über Provokateure und bezahlte Söldner, über die internationale Politik. Dies alles um die Interesse der Imperien und der Multis weiter zu garantieren. Venezuela hat die grössten bekannten Erdölvorkommen und liegt nah der USA.

Im Januar dieses Jahres trafen sich in Havanna zum zweiten Mal die 33 Länder des lateinamerikanischen Kontinentes und der Karibik zur Versammlung ihrer gegründeten Organisation CELAC. CELAC ist ein Hoffnungsträger – zum ersten Mal in der neueren Geschichte organisieren sich diese Länder ohne Aufsicht und Kommando der USA! CELAC wurde trotz Verhinderungsversuchen der USA gegründet: das erste Präsidium hatte Chile, dann Cuba und aktuell Costa Rica inne. Die für ALBA und uns zen-

Walter Suter, als ehemaliger Botschafter in verschiedenen Ländern Lateinamerikas sind Sie profunder Kenner des dortigen Kontinents und seiner Probleme. Was hat Sie bewegt, das für einen ehemaligen Diplomaten doch eher ungewöhnliche Engagement in ALBASUIZA einzugehen?

Walter Suter: Es sind gerade meine persönlichen Erfahrungen als Diplomat während meiner Einsätze in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas, die mich bewegt haben, mich nach meinem altersbedingten Rücktritt im Jahre 2007 aktiv in die Solidaritätsarbeit zugunsten des bolivarianischen Prozesses in Venezuela und den anderen ALBA-Staaten einzubringen. Meine Aufenthalte in Lateinamerika decken den Zeitraum von 1970 bis 2007 ab: 1970 – 1973 Argentinien, Uruguay und Chile (erste 6 Wochen nach dem Sturz von Allende); 1989 – 1995 Paraguay (erste 6 Jahre Transition nach dem Sturz von Stroessner); 1997 wiederum Chile und 2003 – 2007 schliesslich Venezuela. Im indirekten Zusammenhang mit meinen Aufenthalten in Lateinamerika stehen auch die Jahre 1974 – 1978 in Madrid.

Die Erfahrungen mit den massiven sozialen Ungerechtigkeiten in Lateinamerika sowie der repressiven Politik der Militärregimes und schliesslich den oft hintertriebenen Versuchen, diese nach dem Mauerfall in Berlin aufzuarbeiten, haben mich gegenüber der Notwendigkeit einer Revolution in diesem Kontinent geöffnet. Und dass ich dann die Chance bekam, den von Chávez in Venezuela eingeleiteten revolutionären, jedoch friedlichen bolivarianischen Prozess während der Aufbruchsjahre 2003 – 2007 aus privilegierter und nächster Nähe mitzuverfolgen, hat mich endgültig davon überzeugt, mich nach meinem Ausscheiden aus dem Dienste der Regierung prioritär der Unterstützung dieses umwälzenden, für die Befreiung der Völker Lateinamerikas entscheidenden Vorhabens zu widmen.



trale Erklärung der Schlussdeklaration von Havanna ist die Errichtung der «Friedenszone Lateinamerika» (siehe UW 1/2014), d.h. die Forderung der Nichteinmischung der Imperien in innere Angelegenheiten der Staaten und die Einhaltung einer nuklearfreien Zone Lateinamerika.

Verständnis und Empathie für Benachteiligte in der sogenannten Dritten Welt ist das eine. Wie bringt ALBASUIZA fortschrittliche Leute auch tatsächlich zu aktivem Engagement?

ALBASUIZA hat keinen Missionsauftrag. Wir wollen informieren und organisieren. Wir wollen keinen «Informations- oder Politikkonsum». Wir versuchen den Informationszugang und gemeinsames Wissen durch Diskussion und Auseinandersetzung zu fördern und dies immer mit dem Ziel, gleichzeitig die Organisation der interessierten Menschen zu ermöglichen. Jede Frau, jeder Mann, jeder Jugendliche hat Informationen, Ideen, Erfahrungen und diese interessieren uns. Wir sind aber überzeugt, dass nur durch Organisation, sei es lokal, national oder international, wirklich etwas verändert werden kann. Und dies ist für uns nicht nur eine Frage von Lateinamerika. Der Friede in Europa steht in Schieflage. Europa war und ist in Kriege verwickelt, die Schweiz ist auf ihre traditionelle Art mit dabei, diese muss ich euch ja nicht benennen. Friede heisst auch in Europa Stärkung und Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit, reale Partizipation und Teilhabe. Die Entwicklung läuft aber rückwärts und dies im 5. Gang. Kürzungen und Privatisierungen des service public, Ausgrenzung und eine antihumanitäre Migrations- und Asylpolitik, Arbeitslosigkeit mit gleichzeitiger Anhäufung von Reichtum der Elite. Die geheimen Verhandlungen eines internationalen Freihandelsabkommens der Dienstleistungen (TISA) bricht mit den minimalen demokratischen Grundverpflichtungen, die ein Staat hat. Doch das kümmert die Kapitalisten der Multis, der Banken und deren Regierungsvertreter nicht.

Das Engagement für ALBA ist verbunden mit einem Engagement für eine humane, antikapitalistische, solidarische Schweiz hier. Und da kann sich jede und jeder in «seiner» Organisation engagieren und sich vernetzen – auch mit ALBASUIZA.

Dein Werbespot an die Leserinnen und Leser von UNSERE WELT zur Unterstützung von ALBASUIZA?

Da kann ich mich gern wiederholen: engagiere dich für deine Welt! Eine Welt, die alle Menschen, nicht nur die bessergestellten, im Zentrum seines Handelns hat. Suche aktiv Informationen, die die Wahrheiten suchen und nicht im Interesse der Grosskapitalisten, der Multis und Bankenvertreter Informationen verfälschen. Organisiere und vernetze dich. In den ALBA-Ländern ist eine nicht-kapitalistische Alternative im Aufbau, schau hin, denn von diesen Prozessen können auch wir lernen. Eine internationalistische Solidarität stärkt uns hier und dort!

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!



Louise Stebler 1949 als Teilnehmerin am Pariser Weltkongress der Kämpfer für den Frieden, zusammen u.a. mit Kim Hyun Bong aus Korea (rechts). Louise Stebler erinnert sich: «Der Friedenskongress im «Salle Pleyel» war bis zum 3. Balkon voll besetzt mit Delegierten aller Schichten, neben Gewerkschaftlern namhafte Künstler, Schriftsteller, Dichter, Wissenschaftler. Der Saal glühte, als der afroamerikanische Sänger und Kämpfer gegen Rassismus und für Frieden Paul Robeson mit seiner mächtigen, sonoren Stimme das Lied der spanischen Brigaden in acht Sprachen sang. Wir hatten Tränen in den Augen.»

90 Jahre Louise Stebler

Ein Friedensleben

Am 3. Juli wird Louise Stebler 90 Jahre alt. Das ist kaum zu glauben, wenn man die jugendlich lebendige und quirlige Louise kennt. Aber wenn man zurückblickt, auf alles, was die nimmermüde Louise in diesen vergangenen Jahren alles geleistet hat, dann meint man, 90 Jahre könnten nie ausreichen für all diese Aktivitäten.

Von Franziska Genitsch

Louise hat schon in ihrem Elternhaus gelernt, sich für eine friedliche und gerechte Welt einzusetzen. Die Eltern halfen während dem 2. Weltkrieg als Antifaschisten und Kommunisten vielen Flüchtlingen. Louise wurde von den Diskussionen am Mittagstisch und vom schrecklichen Krieg, der während ihrer Jugendjahre die Welt bedrohte, geprägt. Sie wollte aktiv am Zeitgeschehen mitwirken und trat mit 17 Jahren der «Freien Jugend» bei, wo sie bei antifaschistischen Aktivitäten ihren zukünftigen Mann Hans Stebler, genannt Joe, kennenlernte.

Im April 1949 haben Hans und Louise Stebler in Paris am Gründungskongress des Weltfriedensrats teilgenommen und auf der Heimreise haben die beiden beschlossen auch in der Schweiz eine Friedensbewegung zu gründen, die allen Friedensfreunde offen stehen und Mitglied des Weltfriedensrats werden sollte. Dieses Vorhaben haben sie in die Tat umgesetzt und schon im Herbst 1949 ist die Schweizerische Friedensbewegung SFB gegründet worden. Seither ist Louise aktiv dabei und von keinem Friedensanlass weggedenken. Sie hat einmal in einem Interview gesagt: «Solange ich lebe, werde ich kämpfen für den Frieden und den Sozialismus». Das sind keine leeren Worte, das ist gelebte Wirklichkeit. An vielen Kongressen auf der ganzen Welt hat Louise die SFB vertreten und Freundschaften mit Friedensfreunden aller Länder geknüpft und den Friedenswillen unserer Bewegung weitergetragen.

Joe und Louise waren eine verschworene Gemeinschaft mit den gleichen Idealen und Zielen. Sie setzten sich mit Hartnäckigkeit unbeirrt und unermüdlich ein für den Frieden,

für Gerechtigkeit, für die Rechte der Arbeiter, der Frauen, der Benachteiligten, kurz gesagt, für alle, die Hilfe und Unterstützung nötig hatten. Bis zum Tod von Joe im Jahre 1994 waren die beiden das Herz und die Seele der Schweizerischen Friedensbewegung.

Obwohl Louise nun ohne ihren geliebten Lebens- und Kampfgefährten blieb, und die politische Entwicklung auf der Welt in diesen Jahren viele Rückschläge für die fortschrittliche Menschheit mit sich brachte, verzagte sie nicht. Sie setzte sich weiterhin ein, dort wo sie gerade gebraucht wurde.

Als im Jahre 1955 die Schweizerische Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt (SFFF) gegründet wurde, war sie auch da von der ersten Stunde an aktiv dabei. Frieden, Gleichberechtigung der Frauen und Solidarität mit benachteiligten Völkern auf der ganzen Welt sind die grossen Anliegen dieser unverzagten Kämpferin.

1968 wird sie als eine der ersten Frauen in Basel für die Partei der Arbeit in den grossen Rat gewählt. Sie wollte auch diese demokratische Plattform nutzen für die Durchsetzung ihrer grossen Ziele.

Liebe Louise, wir gratulieren dir zu deinem Geburtstag ganz herzlich und danken dir für alles, was du in all den Jahren für die Menschheit, für uns alle geleistet hast. Dein Lebenswerk ist vorbildhaft und verdient Bewunderung und Respekt. Wir wären so froh, wenn wir dir zum Jubiläum den Weltfrieden schenken könnten, aber leider ist es noch nicht so weit und unser Einsatz wird weiterhin gebraucht. Von dir wollen wir Durchhaltewillen, Hartnäckigkeit und Einsatzbereitschaft übernehmen.

Wir wünschen dir viel Glück und gute Gesundheit für kommende aktive Jahre.

Stationen im Leben von Louise Stebler

Von Haus aus...

Auszüge aus dem von Louise Stebler mit herausgegebenen Band «Lebenszeiten», Nestor Verlag Bratislava, erhältlich bei der Buchhandlung Waser in Basel.

Ich stamme aus einer Täuferfamilie aus dem Kanton Schwyz.

Die Täufer waren katholisch, sagten aber: «Wir haben Könige und Kaiser zum Teufel gejagt, wir wollen keinen neuen Kaiser in Rom!» Sie blieben aber katholisch. Der Kanton Schwyz wollte sie nicht anerkennen und siedelte sie deshalb an den Rand des Kantons, nach Feusisberg aus. (...) So hatte ich bis zu meiner Heirat das Bürgerrecht von Feusisberg/Schwyz.

Blitz und Donner herrschte in der Nacht zum 3. Juli 1924 über dem kleinen Häuschen der Grossmutter Keller, als die kleine Louise eben geboren wurde. Laut Aussage meiner Mutter gaben sie mir den Namen Louise nicht nur nach der Grossmutter, sondern nach der Revolutionärin der Pariser Kommune Louise Michel. Das zweistöckige, ebenerdige Häuschen in Hönng hat seine Geschichte. Die Grossmutter Louise hat hier ihr Leben mit Kummer und viel Arbeit verbracht. Vier Knaben sind hier geboren und aufgewachsen, das fünfte, ein Mädchen, starb bei der Geburt. Da wohnten noch eine Urgrossmutter und von der anderen Familie ein Urgrossvater. Alle wollten täglich mit ihrem Löffel aus der grossen Schüssel ihren Anteil Rösti essen.

Der Grossvater war Gelegenheitsarbeiter z. B. Mist- und Toilettenkübel leeren. Die Grossmutter wusch bei fremden Familien und arbeitete mit den Kindern in fremden Rebbergen. Ich erinnere mich noch an den grossen grünen Kachelofen in der gemütlichen Stube und dass auf der Kommode vier Jagdgewehre aufgereiht waren. Grossvater und Urgrossvater gingen mit dem Jagddackel auf Fuchsjagd. Ein Teil des so notwendigen Geldes verprasste der Grossvater mit Alkohol. Ein Grund für meinen Vater, in die Abstinenzbewegung einzutreten. Aus diesen Gründen entstand auch die Naturfreunde-Bewegung, mit der die ganze Familie am Sonntag in die Natur hinaus zog. Heftige politische Diskussionen liessen die Stube des Häuschens erzittern. Hunger, Arbeitslosigkeit, keine Hilfe bei Krankheit der Kinder erzürnten die Familien und führten zu Streiks und zum Generalstreik. Die Arbeiter forderten die 48-Stundenwoche, Arbeit, Lebensmittelversorgung, Stopp der Teuerung, Proporzsystem bei Nationalratswahlen, Frauenstimmrecht, Altersrente u. a. Zürich war das Zentrum der Proteste. 8000 Soldaten besetzten 1918 die Stadt. Es folgten landesweite Generalstreiks. Als 17-jähriger half mein Vater als Streikposten, was ihn ein Leben lang als interessierter, belebender Kämpfer auszeichnete.

Wenige Schritte vom alten Häuschen und dem Hönnger-Schulhaus entfernt, wuchs meine Mutter auf. Im Haus war unten die Hauptpost von Hönng und mein Grossvater Posthal-

ter; meine Mutter Posthalters Anny. Grosseltern, Urgrosseltern, drei Töchter, die Kindergärtnerin und Postangestellte und Lehrlinge wohnten oder assen mit der Familie. Der Grossvater war ein fortschrittlicher Denker. (...) Er ging als Einziger im Dorf in die Limmat schwimmen, er trug keinen Mörderkragen, lief mit Jesussandalen herum. (...) Am Sonntag meinte er: «Der Heiland ist im Wald und nicht in der Kirche. Kommt meine drei Kinder, wandert mit mir durch den wilden Wald.» Meine Mutter lebte nach den Ideen ihres Vaters. So lernte sie schwimmen in der Limmat. Auch war es für Mutter ein Leichtes, vor ihrer Heirat aus der Kirche auszutreten.

1922 zogen meine Eltern Joseph und Anna Keller-Winkler nach Lyon, wo sie heirateten. Mein Vater arbeitete als Optiker, meine Mutter als Kindermädchen. (...) Sie wurden Mitglieder der starken kommunistischen Partei. Für das grosse Humanité-Fest in Lyon war mein Vater der Buchhalter. Das war ein Grund, ihn aus Frankreich auszuweisen. Sie zogen nach Genf. Da der Vater auf seinem Beruf keine Arbeit fand, kehrten sie nach Zürich zurück. Als ich fünf Jahre war, wechselte das Optiker-Geschäft nach Basel. Wir zogen also nun nach Basel. Dort habe ich die Jahre meiner Kindheit verbracht, Skifahren auf dem Feldberg/Gisiboden gelernt. Da die Naturfreunde schon verboten waren, nannten wir uns Skihüttengemeinschaft. Ich war ein Mädchen, das mit Frohsinn und Schalk im Nacken schöne Jahre in Gemeinschaft mit Gleichgesinnten verbracht hat.

Ich besuchte nach 4 Jahren Primarschule, 8 Jahre das Mädchengymnasium, genannt: Affenkasten, bis zum Abitur. Anschliessend machte ich die Optikerlehre.

Als Schulkind strickte ich meine ersten Socken für das gegen den Faschismus kämpfende Spanien. Die Solidarität der Arbeiterbewegung bis ins Bürgertum war ausserordentlich breit. Man schickte Kleider, Seifen, Medikamente, Verbandstoff und Geld, in der Hoffnung, den kommenden Faschismus in Europa aufhalten zu können. 700 Schweizerinnen kämpften in Spanien, 76 sind gefallen, 56 vermisst. Spanien hat sie 1996 geehrt, die Schweiz nur verurteilt.

In Deutschland hatte Hitler 1933 die Macht übernommen. In Basel, als grenznahe Stadt zu Deutschland und Frankreich, war im Volk das antifaschistische Denken verbreitet und die Solidarität gross, trotz Verbot der kommunistischen Partei und der «Freien Jugend». Unendlich viel

antifaschistische Literatur, Zeitungen und Flugblätter druckte man illegal in Basel und im Elsass und schmuggelte sie zu den Genossen ins Badische, mit Fahrrädern, Lastwagen, Invalidenwagen, mit Rucksack und in Taschen über den Grenzfluss Wiese oder in der Eisenbahn. Ich half kleine Flugblätter in schwarzes Papier einzurollen, die von einer Brücke in nach Deutschland fahrende Züge geworfen wurden. Genossen, die erwischt wurden, blieben wie Fritz Kehrl und Otto Dietiker lange in Nazigefangenschaft oder wurden, wie Maria Schwarz, umgebracht. Neben diesen oft spontanen Aktionen waren Organisationen wie die «Rote Hilfe» da, die Antifaschisten halfen, illegal in die Schweiz zu flüchten. Gotti Zürcher war Anlaufstelle für Politische und prüfte, ob sie ehrlich oder Spione waren. Gotti trämpete lange durch Europa, er war erfahren, da er in Kanada Mitorganisator der grossen Hungerdemonstrationen 1928/29 der Arbeiterbewegung und der KP war. Meine Eltern waren in der Roten Hilfe. In unserer Familie haben wir ein aus Deutschland geflüchtetes russisches Mädchen aufgenommen.

Viele linke und jüdische Flüchtlinge erhielten in der Schweiz keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie lebten «schwarz», wurden in Familien untergebracht, assen jeden Tag woanders, wurden von Ärzten betreut. Sie leisteten im Untergrund politische Arbeit, machten Schulungskurse, schrieben Texte, Broschüren, die mit Goethe- und Schiller-Einbänden getarnt wurden. Jeden Mittwoch ass der bekannte Kommunist Wilfried Acker bei uns zu Mittag. In der «NATION», der einzigen linken, nicht verbotenen Zeitung, veröffentlichte Paula Acker, geflüchtet aus Deutschland, Artikel gegen die Inhaftierung von Antifaschisten im Gefängnis Witzwil und erreichte deren Verschiebung in offene Lager.

Mein belesener Vater und Wilfried führten rege Diskussionen und ich als 11-jährige sperrte die Ohren auf. So war es nicht verwunderlich, dass ich mit 17 Jahren in die verbotene «Freie Jugend» eintrat.

Neben hitzigen Diskussionen, Schulungskursen, leisteten wir praktische, politische Arbeit. Wir spannten Telefondrähte über den Rhein, mitten in der Stadt Transparente mit antifaschistischen Parolen. Wir klebten Zettel und spraysen an Hauswände, z. B. «Schnauz schlägt Schnäuzchen» (Stalin/Hitler). Wir liessen Zettel in Versammlungen flattern. Wir brachten illegal Zeitungen zu den Abonnenten oder druckten selbst solche. Wir sabotierten Transportzüge, die von Deutschland nach Italien führen und nachts bei Basel standen, indem wir die Achsen mit Sand füllten. Mein späterer Mann war deswegen fünf Mal im Untersuchungsgefängnis.

Voranzeige Weltfriedenstag 2014

Neuer (k)alter Krieg?

Referate und Diskussion
20. September 2014, 19.00 – 21.00 Uhr in Basel
Nähere Infos folgen

Schweizerische Friedensbewegung SFB – UNSERE WELT